

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 166 · 14. JAHRGANG · AUSGABE 11/2008 · VOM 7. NOVEMBER 2008 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Geschäftsbericht 2007**
quer gelesen
Stadtwerke Eberswalde GmbH

11 | **Baumschau mit**
gravierenden Fehlern
Fachliche Defizite bei der UNB?

14 | **Revolution**
in Eberswalde
November 1918

Ein-Euro-Jobs in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Seit es die »Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung« (MAE) gibt, landläufig als Ein-Euro-Jobs bezeichnet, wird diese Möglichkeit an billige Arbeitskräfte zu kommen auch durch die Eberswalder Stadtverwaltung genutzt. Im ersten Jahr (2005) wurden 302 solcher Stellen bewilligt, wobei die Laufzeit der Maßnahmen teilweise bis ins Jahr 2007 reichte. Tätig waren die Ein-Euro-Jobber vor allem bei Baumaßnahmen im Tierpark, bei Arbeiten im Stadtforst und im städtischen Bauhof. Weitere Einsatzschwerpunkte waren der Bauhof, der Familiengarten, Schulen, Kitas und Jugendeinrichtungen, städtische Sportstätten, das Museum sowie weitere Bereiche der Stadtverwaltung, wobei hier vor allem Archivierungsarbeiten bewilligt wurden. Im Jahr 2006 und 2007 wurden weitere MAE-Kräfte durch das Jobcenter genehmigt. Meist waren Berufsbildungseinrichtungen und -vereine die Träger der Maßnahmen. Die Stadt selbst trat nur selten als Träger in Erscheinung.

Bei allen genehmigten Maßnahmen gab es auch eine Befürwortung durch den Personalrat der Stadtverwaltung. Dessen Augenmerk war dabei hauptsächlich darauf gerichtet, daß diese sogenannten Arbeitsförderungsmaßnahmen nicht die Rechte und Interessen der Stadtverwaltungsmitarbeiter beeinträchtigen. Die Vertretung der Interessen der Ein-Euro-Jobber war und ist nicht Aufgabe des Personalrates. Diese sind somit dem Wohlwollen oder der Willkür der jeweiligen Amtsleiter schutzlos ausgeliefert (vgl. BBP 7/2008).

Ab 2008 übernimmt die Stadt Eberswalde für alle MAE-Maßnahmen selbst die Trägerschaft. Im Mai hatten die Stadtverordneten dem entsprechenden Beschlüßvorschlag der Verwaltung für eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt und dem Jobcenter Barnim mehrheitlich zugestimmt. Eine erste Information erhielten die Stadtverordneten im September. Demnach hat das Jobcenter die Maßnahme »Stellenpool gewerblich/technischer Bereich« mit insgesamt 150 Teilnehmern für den Zeitraum 1.8.2008 bis 31.7.2009 bewilligt. Die Arbeitszeit beträgt 30 Wochenstunden.

Der Einsatz der Ein-Euro-Jobber liegt nun nicht mehr bei den einzelnen Ämtern, sondern wird zentral durch die »Projektgruppe Beschäftigungsförderung« unter Leitung von Thomas Holzhauser organisiert. Die Übernahme der Trägerschaft zahlt sich für die Stadt in barem Geld aus. Je Teilnehmer bewilligte das Jobcenter einmalige Kosten für Arbeitsschutzbekleidung und Werkzeuge in Höhe von 120,90 Euro (gesamt: 18.135,- Euro) sowie monatliche Maßnahmekosten von 129,39 Euro (gesamt: 12 x 19.408,50 Euro = 232.902,- Euro).

Bei den Maßnahmen müssen einige Auflagen beachtet werden, um die gesetzlichen Anforderungen zu gewährleisten (Zusätzlichkeit, öffentliches Interesse, arbeitsmarktpolitische Neutralität, Wettbewerbsneutralität). Bewilligt wurden alle beantragten Maßnahmeteile – außer der vorgesehenen Essensversorgung für die Maßnahmeteilnehmer. Da fehlte offenbar das »öffentliche Interesse«.

Einer der Maßnahmeteile hat die Bezeichnung »Stadtteilpfleger«. Dem Beispiel in anderen Städten folgend sollen dezentral in den Eberswalder Stadtteilen Pflgetrupps an vorhandenen oder zum Teil herzurichtenden städtischen Liegenschaften eingerichtet werden, die zur Verbesserung des Erscheinungsbildes im jeweiligen Stadtteil beitragen. An die-



Hunderte Menschen gingen 2004/2005 in Eberswalde mit der Forderung »Hartz IV muß weg!« an jedem Montag auf die Straße. Trotzdem gehörte auch in Eberswalde die Ausnutzung der billigen Arbeitskräfte von Beginn an zum gewöhnlichen kommunalen Geschäft. Im Frühjahr 2008 nahm die Stadtverwaltung die Ausbeutung der Ein-Euro-Jobber völlig in die eigene Regie.

sen Stützpunkten erfolgt darüber hinaus die kostenfreie Annahme von Bio-Abfällen (Grasschnitt, Laub, Baumschnittabfälle). Das Grünmaterial soll entweder in Ostende zentral kompostiert oder gegebenenfalls der geplanten Biogas-Anlage im TGE zugeführt werden. Inwieweit aus dieser Verwertung Einnahmen zu erwarten sind, war der Information der Verwaltung nicht zu entnehmen. Die MAE-Kräfte, so die ausdrückliche Aussage, werden nur außerhalb des üblichen Reinigungs- bzw. Pflegerhythmus eingesetzt.

Ein zweiter Tätigkeitsbereich für Ein-Euro-Kräfte ist bei der »Touristischen Infrastruktur/Naherholung« vorgesehen. In diesem Projekt, das organisatorisch dem Bauhof angegliedert sein soll, soll die vorhandene touristische Infrastruktur (Rad-/Wanderwege, Schutzhütten, Sitzgelegenheiten etc.) gepflegt, unterhalten und gegebenenfalls repariert oder ersetzt werden. Ein Schwerpunkt sind dabei die in den vergangenen Jahren mit Beschäftigungsfördermitteln geschaffenen Einrichtungen entlang des Finowkanals. Darüber hinaus sollen Lücken im Wanderwegenetz geschlossen und durch entsprechende Kennzeichnung, Aufstellen von Bänken und tischen sowie Schutzhütten ihre Attraktivität gesteigert werden. Weitere Aufgaben sind die Reinigung und Unterhaltung öffentlicher Badestellen und die zusätzliche Pflege von historisch bedeutsamen Grabstätten.

Ein dritter Bereich ist der Veranstaltungsservice der Stadt. Hier soll das für diverse Veranstaltungen vorgehaltene Veranstaltungsequipment gepflegt, unterhalten und wenn nötig repariert werden. Auch der Transport und das Aufstellen bei den diversen Veranstaltungen in der Stadt und die ordnungsgemäße Lagerung sollen zu den Aufgaben dieser MAEs gehören.

Fortsetzung auf Seite 2

Der Kapitalismus

Wer es noch nicht wußte oder Einiges vergessen hat, der kann sich jetzt wieder davon überzeugen. Die Medien berichten ständig und mit einer verblüffenden Offenheit. Wir leben in einer von Gier und Angst getriebenen kapitalistischen Gesellschaft mit all ihren Widersprüchen und müssen deren Folgen aushalten.

Gegenwärtig nennt man nennt es Finanzkrise, wenn sich vor aller Augen die Geldbesitzer daran machen, die geschwächten Nationalstaaten auszuplündern. Auf der Hatz nach Geld und Macht werden wie eh und je Menschen unterdrückt, ausgebeutet und deformiert, die natürlichen Lebensbedingungen zerstört, sinnlose Güter produziert und dann weggeschmissen. Selbst vor Krieg und Lügen schreckt man nicht zurück. Raubbau und Betrug sind allgewärtig. Sie nennen das soziale Marktwirtschaft und haben nicht einmal ihre Beamten im Griff.

Wie auf Bestellung empfehlen alle Nutznießer Wachstum als Kur. Vor kurzem hieß die Bedrohung noch Klimawandel, manche nennen es soziale Grundsicherung und jetzt bezeichnen sie es eben als Finanzkrise. Eine alle Lebensbereiche erfassende Bürokratie verteilt mit gigantischen Luftbuchungen nicht vorhandenes Geld, um irgendwelche Produkte zu erzeugen und die Menschen zu beruhigen. Schon ein kurzer Blick in die Vergangenheit offenbart, es kann nicht gelingen, auf diese Weise ökonomische Gesetze zu überlisten.

Die Schulden steigen seit langem. Wachstum ist endlich. Produkte werden billiger. Die Wachstumsraten sinken. Die Profitrate fällt tendenziell. Immer mehr Kapital und Zerstörung ist erforderlich, damit die Gierigen den gleichen Profit erreichen.

Die Krise des Kapitalismus eröffnet natürlich auch vielfältige Chancen. Man muß sie aber nutzen und sich selbst verändern.

Ökonomische Vorgänge sind grundsätzlich erkennbar und jeder hat Geld, das er vernünftig verwenden kann. Pfliffige Erfinder schlagen große Konzerne. Mit Selbstvertrauen überwindet man Angst. Das Wissen der Menschheit steigt ebenso wie ständig neue Möglichkeiten zur Kooperation entstehen. Wohlüberlegte Entscheidungen verdrängen traditionelles Verhalten. Starre Organisationen und Gefolgschaften weichen umfassender Kommunikation.

Sicherheit, Glück und Zufriedenheit lassen sich immer weniger in Geld ausdrücken. Jawohl, man kann selbst für sein Leben Verantwortung übernehmen, anstatt es dem Staat und seinen Bürokraten oder den Versicherungen anzuvertrauen.

Betrüger müssen auch so genannt werden. Wer alte Omas bescheißt, kleinen Kindern das Geld aus der Tasche zieht und vage Hoffnungen verkauft, dem kann man nicht trauen.

Leute, schreibt die Alternativen auf.

Dr. MANFRED PFAFF

Mit dem Sozialpaß zum Rathauskonzert

Eberswalde (bbp). Bezugnehmend auf eine Diskussion im BBP-Forum, der eMail-Informations- und Diskussionsliste der »Barnimer Bürgerpost« (<http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum>) zum Thema Rathauskonzerte und Sozialpaß hatte sich der Stadtverordnete der LINKEN Carsten Zinn Ende Oktober an den Kulturamtsleiter der Stadt Stefan Neubacher gewandt. Derzeit gilt der Eberswalder Sozialpaß nicht für die »Kleinen Konzerte im Rathaus«.

Das vierte Konzert dieser Reihe gibt es am 14. November, um 17 Uhr, unter der Überschrift »Rossini- war er ein Wunderkind?« zum Eintrittspreis von 10 Euro. Bereits am 4. November erhielt der Stadtverordnete die Antwort des Kulturamtsleiters. »Gerne nehmen wir«, schrieb Stefan Neubacher an Carsten Zinn, »den Hinweis auf und werden für die im kommenden Jahr stattfindenden Rathauskonzerte vergünstigte Tickets für SozialpaßinhaberInnen anbieten«.

Besuch im Asylbewerberheim Althüttendorf

Althüttendorf (ab). Der Ausländerbeirat Barnim traf sich am 16. Oktober zu seiner dritten Sitzung im Asylbewerberheim Althüttendorf. Dort machte er sich mit den Lebensbedingungen der Asylsuchenden bekannt und suchte das Gespräch mit den Heimbewohnerinnen und -bewohnern. Gegenwärtig leben in Althüttendorf 40 Asylsuchende. Die meisten von ihnen sind allein hier angekommen. In der letzten Woche wurden 7 Frauen aus afrikanischen Staaten neu aufgenommen. Die meisten der Asylsuchenden sind mit der Unterbringung zufrieden. Etwas Sorge bereitet ihnen der bevorstehende Winter wegen der leichten Bauweise der Gebäude und der noch nicht vorhandenen Bekleidung. Zwei Sozialarbeiter stehen

als Ansprechpartner zur Verfügung. Weiterhin beriet der Ausländerbeirat seinen Arbeitsplan bis zum September 2009. Wichtige Themen sind die IST-Analyse der Situation der Migrantinnen und Migranten im Landkreis Barnim und die darauf basierenden Empfehlungen zur Verbesserung ihrer Situation an die Verwaltung und an den Kreistag. Der Ausländerbeirat wird Gespräche mit den demokratischen Fraktionen des Kreistages und mit den Amtsleitungen des Ordnungs-, des Grundsicherungs- und des Jugendamtes führen. Als erstes wird Herr Wiluda von der Polizei im November zur Sitzung eingeladen werden. Anregungen für seine Arbeit nimmt der Ausländerbeirat gerne über die Ausländerbeauftragte Frau Böttger entgegen.

Fortsetzung von Seite 1

1-Euro-Jobs in Eberswalde

Diese Ein-Euro-Jobber sollen auch an den entsprechenden Veranstaltungen mitwirken, z.B. bei der Werbung, der Besetzung von Informationsständen oder als Darsteller bei Vorführungen. Ein wichtiges Einsatzgebiet für Ein-Euro-Jobber bleibt wie bisher der Stadtforst. Neben diversen, selbstverständlich zusätzlichen, Pflegemaßnahmen soll hier auch Brenn- und Nutzholz für die anderen Maßnahmebereiche gewonnen werden (z.B. für das Beheizen der Bauwagen der Stützpunkte Stadtteilpfleger,

Material für den Maßnahmebereich »Touristische Infrastruktur/Naherholung«). Dadurch könnten die Maßnahmekosten gesenkt werden, heißt es in der Verwaltungsinformation.

Künftig soll der Tätigkeitsbereich in der bewilligten Maßnahme um Tätigkeiten im sozialen, kulturellen und schulischen Bereich sowie für den Verwaltungsbereich erweitert werden. Nach erfolgter Bewilligung, heißt es in der Verwaltungsinformation abschließend, werde die StVV darüber informiert.

»Kikow-Flügel« verläßt SPD-Ortsverein

Eberswalde (bbp). Wie Anfang des Monats aus gut informierten Kreisen zu erfahren war, haben nach dem Stadtverordneten Jürgen Kumm nun auch Marina Pippel, Sandro Borchert und Thomas Gehlhaar vom SPD-Ortsverein Eberswalde ihre Partei verlassen. Mit den aktuellen Auseinandersetzungen in der Bundes-SPD im Zusammenhang mit dem Beck-Rücktritt und den Ereignissen in Hessen haben die Ebers-

walder Parteiaustritte offenbar nichts zu tun. Die vier gelten als Anhänger des früheren SPD-Ortsvereins- und Stadtfraktionsvorsitzenden Peter Kikow, der die SPD bereits im Sommer verlassen hatte (BBP 7 und 8/2008). Kikow und Kumm sind im Oktober den »Freien Wählern Eberswalde« beigetreten. Wie es heißt, wollen sich auch die drei zuletzt Ausgetretenen künftig dort kommunalpolitisch engagieren.

WICHTIG IST, OB WIR LINKEN ES VESTEHEN, MIT DIESER SITUATION RICHTIG UMZUGEHEN, WAS WIR DARAUSS MACHEN. WIR DÜRFEN UNS NICHT SCHLAFEN LEGEN. ES IST DER AUGENBLICK GEKOMMEN, DIE WELT ZU VERÄNDERN. DIE CHANCEN MÜSSEN WIR NUTZEN.

IGNACIO RAMONET, Neues Deutschland, 1./2. November 2008

Stadtwerke Eberswalde:

Geschäftsbericht 2007 quergelesen

von Bernd Pomraenke

Nach dem Weggang des Redakteurs Michael Dietrich vom lokalen Tagesblatt gibt es dort kaum noch Informationen über die geschäftliche Entwicklung der Stadtwerke Eberswalde GmbH (SWE). Deswegen an dieser Stelle für alle, die es interessiert, ein kleiner Überblick aus dem Geschäftsbericht 2007 der SWE.

Schon auf den ersten Seiten wird ausgedrückt, daß das Jahr 2007 kein gutes Geschäftsjahr war. Verantwortlich dafür sind nach Ansicht der SWE unter anderem die hohe Arbeitslosenquote von fast 20 Prozent in Eberswalde, der zunehmende Wettbewerb um den Endkunden (Haushalte), angeblich gestiegene Bezugspreise für Strom und Gas, sowie ein »weiterhin negativ geprägtes Image« der Energiewirtschaft allgemein. Letztere Einsicht ist schon bemerkenswert, fehlt nur noch die nötige Schlußfolgerung daraus.

Gründe für den Rückgang der umgesetzten Energiemengen werden außerdem im Einwohnerrückgang auf 41.007 Einwohner zum 31.12.2007 und dem hohen Altersdurchschnitt der Bevölkerung gesehen. Weitere Gründe sind der objektive warme Jahresverlauf und das »weiter verstärkende Sparverhalten der Verbraucher«. Die Umsatzerlöse daraus sind insgesamt 3.807 TEuro zurückgegangen, das entspricht einem Minus von 11 Prozent.

Zum gesunkenen Stromabsatz wird angeben, daß Sonderkunden, wie die Deutsche Bahn mit ca. 3.000 MWh, MÄRKA mit 9.000 MWh und »Beistellungen« für den Stromhändler Yello mit 2.000 MWh, die wohl alle einen günstigeren Versorger Gefunden haben, dafür ursächlich seien. Da ist der Wechsel von Haushaltskunden mit ca. 800 MWh zu anderen Energielieferanten geradezu lächerlich, bringt er außerdem auch nur kurzfristig eine Entlastung für die Endverbraucher, da ein echter Strommarkt gar nicht existiert.

Im Gasbereich ist der stärkste Umsatzrückgang verzeichnet. Gegenüber 2006, als durchschnittlich 5,04 Ct/kWh konnte 2007 nur ein Nettopreis von 4,58 Ct/kWh realisiert werden.

Das entspricht einem Bruttoreis von 5,45 Ct/kWh. An dieser Stelle vergleiche jeder mal wieviel er für eine Kilowattstunde Gas zahlt.

Zum gesunkenen Ergebnis im Bereich Wärmeversorgung werden außer den vorgenannten Gründen wieder die »vertragskonformen Anpassungen der Endkundenpreise« genannt. Damit sind die unterschiedlichen Preise gemeint, die sich aus den für jeden Kunden unterschiedlichen Zahlen in den sogenannten Preisgleitklauseln ergeben. Aus den bereits vorliegenden Betriebskostenabrechnungen sind immerhin beträchtliche Unterschiede zu entnehmen, die man mit Mengenabnahmen nicht erklären kann.

Schon seit langem fordern Verbraucherschützer besonders auf diesem Gebiet mehr Transparenz, da die eigentlichen Endkunden, die Mieter, keine Einflußmöglichkeit auf die



Blick über Brachflächen, auf denen einst mit Fernwärme beheizte Häuser standen, auf das Stadtwerke-Heizwerk im Brandenburgischen Viertel.

Preisbildung haben und die Fernwärme meistens von Monopolisten, wie die Stadtwerke erzeugt und verkauft werden.

Die Wärmeversorgung wird mit 36,2 Prozent des bezogenen Gases durch Kraft-Wärme-Kopplung in eigenen Blockheizkraftwerken sichergestellt. Das bedeutet, es wird mit dem Energieträger Gas zunächst Strom erzeugt und gewissermaßen als Abfallprodukt entsteht aus der nötigen Abkühlung Fernwärme. Interessant wäre hier die Angabe, wie sich das auf den Fernwärmepreis auswirkt. Doch das werden uns wohl die Stadtwerke schuldig bleiben.

Zu allen Zahlen soll nun noch der Jahresüberschuß mit ca. 2,4 Mio Euro genannt werden. Das ist ein Rückgang gegenüber 2006 von ca. 0,4 Mio Euro. Die Stadtwerkemütter EWE und E.ON edis, die den Gewinn anteilig kassieren, werden das sicher verschmerzen können. Die Ausschüttung für die 2005 von der Stadt verkauften 26%-Anteilen beträgt knapp 630.000 Euro.

Im Geschäftsjahr 2007 fanden zwei Aufsichtsratssitzungen statt. Die Aufwandsentschädigung für die neun Aufsichtsratsmitglieder wird mit 18.800 Euro angegeben, das sind immerhin im Durchschnitt 2.089 Euro je Mitglied. Bemerkenswerterweise werden als Mitglieder noch die Herren Kikow als Stadtverordneter und 1. Stellv. Vorsitzender und Herr Sachse als Stadtverordneter aufgeführt. Da bekanntlich nur noch einer der Herren Genosse ist, sollten wenigstens seine Mitgenossen nachfragen, wie das möglich ist.

Sollten mir bei der »Auswertung« Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und ggf. Korrektur.

PKZ nun auch in der BRD Musterwiderspruch gegen die Steuer-ID

Für ehemalige DDR-Bürger ist die Personenkennzahl (PKZ) nichts Neues. Nach dem Ende der DDR galt die PKZ als ein Mittel des »Unrechtsregimes« zur »lückenlosen Überwachung der Bevölkerung«. Nunmehr gibt es – selbstverständlich auf demokratischer Grundlage – eine Neuauflage der PKZ in Form der neuen Steuer-Identifikationsnummer (Steuer-ID), die derzeit an alle Einwohnerinnen und Einwohner der BRD – vom Säugling bis zum Greis – versendet werden. Selbst nach dem Tode bleibt einem diese Nummer erhalten. In einem Gutachten der TU Berlin (<http://ig.cs.tu-berlin.de/oldstatic/w2003/ir1/uebref/BrandtETA1-Gutachten-G1-02-2004.pdf>) heißt es: »Dieses Vorgehen führt dazu, daß erstmals eine Stelle, nämlich das BMF (Bundesministerium der Finanzen), ein umfassendes Register der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland erhält. Technisch gesehen käme diese Identifikationsnummer demnach einem Personenkennzeichen (PKZ) gleich, womit die Möglichkeit der Erstellung von umfassenden Persönlichkeitsprofilen geschaffen wäre. In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wurden jedoch alle Versuche einer vollständigen Katalogisierung der Bevölkerung abgelehnt und als verfassungswidrig erklärt.«

Laut Wikipedia hat die »Humanistische Union« am 20. August beim FG Köln Klage gegen die Steuer-ID erhoben. Mindestens drei weitere Klagen sind bisher öffentlich bekannt geworden. Auf der Internetseite www.humanistische-union.de findet sich auch der Text eines Musterwiderspruchs.

Bundeszentralamt für Steuern
An der Kuppe 1
53225 Bonn

Mitteilung der Steueridentifikationsnummer
Ihr Schreiben vom ...

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sie haben mir mit o.g. Schreiben meine neue Steueridentifikationsnummer (Steuer-ID) mitgeteilt.

Ich bin weder mit der Speicherung meiner Steuer-ID beim Bundeszentralamt für Steuern noch bei einer anderen Behörde einverstanden.

Die Steuer-ID stellt nach meiner Auffassung ein Personenkennzeichen dar, welches mich in meinem Recht auf informationelle Selbstbestimmung verletzt. Ich fordere Sie daher auf, meine persönliche Steuer-ID zu löschen und widerspreche der in § 139b Abs. 2 Abgabenordnung vorgesehenen Übermittlung an / Verwendung durch andere Behörden.

Ich weise Sie in diesem Zusammenhang auf das Musterverfahren gegen die Steuer-ID hin, welches beim Finanzgericht Köln (Aktenzeichen: 2 K 2822/08) anhängig ist.

Hochachtungsvoll (Unterschrift)

Für Kinder (bereits Neugeborenen wird die Steuer-ID zugeteilt) müssen deren Erziehungsberechtigte den Widerspruch einlegen und den Musterbrief entsprechend anpassen.

GERD MARKMANN 3

Mit neuem Gesicht

Die konstituierende Sitzung der StVV von Eberswalde am 23. Oktober hatte eine Menge Spannung zu bieten. Gleich nach der Eröffnung der Sitzung durch den ältesten Stadtverordneten, Fred Sponner (DIE LINKE), ging ein regelrechtes Rennen um den Vorsitz der StVV los. Natürlich hatten die LINKEN als stärkste Fraktion eine eigentlich für alle annehmbare Kandidatin aufgeboten.

Dennoch standen dann vier Mitglieder der Vertretung zur Wahl. Besonders die FDP, die mit der BFB ein Fraktionsbündnis eingegangen war zeigte sich außerordentlich interessiert am Vorsitz. Wie fast immer bei mehreren Kandidatinnen und Kandidaten war ein zweiter Wahlgang nötig, welchen DIE LINKE mit ihrer Kandidatin, Dr. Ilona Pischel, dann auch für sich entscheiden konnte. Außerdem wurden drei Stellvertreter für die Vorsitzende gewählt, einer davon ebenfalls durch eine Stichwahl.



Bürgermeister Friedhelm Boginski (FDP) lädt die neue Vorsitzende Dr. Ilona Pischel (DIE LINKE) ein, im Präsidium der StVV Platz zu nehmen. In zweiten Wahlgang hatte sie sich mit 19 zu 16 Stimmen gegen den FDP-Kandidaten Ingo Postler durchgesetzt.

Für DIE LINKE sehr erfreulich, daß auch zwei der ursprünglich drei Kandidaten für die Funktion als Ortsvorsteher gewählt wurden. Von der LINKEN werden Hans Pieper und Carsten Zinn künftig die Ansprechpartner in ihren Stadtteilen sein. Der dritte Kandidat, Volker Passoke, hat aus Respekt vor dem übertragenden Wahlergebnis seiner Mitbewerberin Karen Oehler von den Grünen seine Kandidatur in der Sitzung zurückgezogen.

DIE LINKE stellt in der neuen StVV auch den Vorsitz im Finanzausschuß mit Fred Sponner und im Ausschuß Bau, Planung und Umwelt mit Wolfgang Sachse.

Erfolgreich war die Fraktion der Linken auch bei der Gestaltung der Ausschußlandschaft. Gegen die Vorstellungen des Bürgermeisters folgte die Mehrheit der Stadtverordneten dem Vorschlag der Linksfraktion, auch in Zukunft einen Ausschuß für den Bereich Schule und KITA zu haben. Damit wollte DIE LINKE – und viele haben es auch so verstanden – ein deutliches Zeichen für diesen wichtigen Aufgabenbereich in der Stadt Eberswalde setzen.

WOLFGANG SACHSE, Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der StVV Eberswalde

BKB/AfW heißen jetzt »Freie Wähler Eberswalde«

Eberswalde (bbp). Nach Ausscheiden von Dr. Günther Spangenberg aus der Fraktion BKB/AfW und die Aufnahme des ehemaligen SPD-Stadtverordneten Jürgen Kumm, hat sich die Fraktion den Namen »Freie Wähler Eberswalde« gegeben. Mit dem neuen Namen wird der Tatsache Rechnung getragen, daß weder zur Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim (BKB) noch zur Allianz freier Wähler (AfW) von Dr. Spangenberg engere Beziehungen bestehen. Neben Jürgen Kumm arbeitet auch dessen früherer Fraktionsvorsitzender Peter Kikow, der lange Jahre auch dem SPD-

Ortsverein Eberswalde vorstand, bei den »Freien Wählern« mit. Kikow hatte sich zur Kommunalwahl ohne Erfolg als Einzelkandidat für einen Sitz in der Eberswalder StVV beworben. Sein Kollege Kumm trat am 28. September noch auf der Liste der SPD an. Trotz Listenplatz 15 gehörte er zu den 4 SPD-Kandidaten, denen im Wahlkreis Eberswalde der Einzug in die StVV gelang. Anfang Oktober erklärte Kumm seinen Austritt aus der SPD-Fraktion.

Fraktionsvorsitzender der »Freien Wähler Eberswalde« wurde Andreas Wutskowsky, sein Stellvertreter ist Frank Banaskiewicz.

Erste Sitzung, erste Enttäuschung

Viele Menschen haben den Glauben auf positive Änderungen in der Kommunalpolitik längst verloren. Auch wenn seit der Bürgermeisterwahl 2006 viel von einem neuen Politikstil in Eberswalde geredet wird, ging nur ein Drittel der wahlberechtigten Eberswalder zur Kommunalwahl. Für die Eberswalder ist noch kein neuer Stil erkennbar.

Die unbefriedigenden Entwicklungen in der Kommunalpolitik, die natürlich von der grossen Politik abhängig ist, haben neue politische Kräfte auf den Plan gerufen und die Kräfteverhältnisse in der StVV kräftig durcheinander gewirbelt. Aber noch vor der konstituierenden Sitzung der StVV haben sich die Wogen geglättet. Die bei der Fraktionsbildung eingegangenen politischen Bündnisse offenbaren die politischen Ambitionen der Bürgerbewegten. Die »Bürger«-Fraktion macht jetzt gemeinsame Sache mit der FDP, die BKB-Fraktion hat sich von der BKB verabschiedet. Das politische Leben läuft wieder in geordneten Bahnen. Die Stärkeren besetzen die einflußreicheren Posten, die Schwächeren arrangieren sich miteinander oder müssen am Katzentisch Platz nehmen. Die »Retter von Eberswalde« sind still geworden, die vom Wahlerfolg überraschten Parteigänger des Bürgermeisters müssen erst Worte finden. Die »Volksparteien« müssen noch damit fertig werden, daß sie ganz schön zusammengestaucht wurden. Aber seltsam einig sind sich alle Fraktionen, wenn es gilt, angestammte Positionen zu verteidigen und sich nicht die Butter vom Brot nehmen zu lassen. Das wurde anschaulich in der ersten StVV demonstriert.

Die Stadtverwaltung hatte den Stadtverordneten gleich für die erste Sitzung mit der neuen Geschäftsordnung ein Grundsatzdokument zur Beschlußfassung auf den Tisch gelegt. Die fraktionslosen Abgeordneten des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde, Albrecht Triller und Günter Schumacher, hatten dafür neun Änderungsanträge gestellt. Sie kritisierten zugleich, daß die neue Geschäftsordnung ohne Mitwirkung der Stadtverordneten und losgelöst von der ebenfalls überarbeitungsbedürftigen Hauptsatzung auf die Tagesordnung kam,

wo doch beide in einer engen Wechselwirkung stehen.

Die Vorschläge des Bündnisses hatten die Rechte der Bürger in der Einwohnerfragestunde und in der Beratung von Vorlagen zum Inhalt, regten Festlegungen zur Reihenfolge der Tagesordnungspunkte in Abhängigkeit vom Einreichungstermin und vom öffentlichen Interesse an und betrafen Rechte der Ortsvorsteher und der fraktionslosen Abgeordneten. Bis auf einen Vorschlag wurden alle abgelehnt. Anfangs stellte ein Abgeordneter sogar den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte. Die Verärgerung über die für die Diskussion der Änderungsvorschläge erforderliche Zeit richtete sich nicht gegen die dafür verantwortliche Stadtverwaltung, sondern gegen die Antragsteller. Die fehlende Zustimmung für die Anträge erscheint so als Abstrafung, nicht aber als Sachentscheidung.

Wer meint, die Stadtverwaltung habe aus der Debatte um die Geschäftsordnung Schlußfolgerungen gezogen, irrt gewaltig. Auch die Hauptsatzung der Stadt soll im gleichen Verfahren durchgepeitscht werden. Ohne Einbeziehung der Stadtverordneten in die Erarbeitung der Hauptsatzung wird eine Verwaltungsvorlage in der Hauptausschusssitzung am 13.11. beraten und soll am 20.11. in der StVV beschlossen werden. Dabei betont die Verwaltung, daß wegen umfangreicher Änderungen der Satzung diese Änderungen nicht einmal mit einer Synopse übersichtlich dargestellt werden können. Warum werden dann die Abgeordneten nicht schon bei der Entwurferarbeitung einbezogen? Das hat man selbst in der Schul-Ära besser erlebt.

Auch der Vorschlag des Bündnisses, die fraktionslosen Abgeordneten bei der Vergabe von Fraktionsgeldern zu berücksichtigen, fand bei den Stadtverordneten kein Verständnis. Hier wurden (angeblich gesetzlich fixierte) starke Rechte der Fraktionen gegen die schwachen Fraktionslosen verteidigt. Der neue Stil läßt noch weiter auf sich warten.

ALBRECHT TRILLER, Bündnis für ein demokratisches Eberswalde

Freie Wähler Eberswalde:

Sachbezogen, unabhängig, bürgernah

Die Freien Wähler Eberswalde haben am 27.10.2008 in Spechthausen ihre offizielle Gründungsversammlung durchgeführt und ihre Satzung beschlossen. Zukünftig kann jeder volljährige und interessierte Bürger, der nicht Mitglied einer anderen politischen Vereinigung ist, bei den Freien Wählern mitmachen.

Wir stehen für bürgernahe und transparente Sachpolitik. Die Freien Wähler Eberswalde arbeiten nur mit Vereinigungen und Parteien zusammen, die nach den demokratischen und solidarischen Grundsätzen handeln. Zur Vorstandsvorsitzenden und Pressesprecherin wur-

de Heike Ecke gewählt. Stellvertretender Vorstandsvorsitzender ist Peter Kikow. Weitere Vorstandsmitglieder sind Manfred Ehlert, Sabine Marks und Yvonne Michalke. Die drei gewählten Abgeordneten der Fraktion Freie Wähler Eberswalde in der Stadtverordnetenversammlung gehören zum erweiterten Vorstand.

Alle Fraktionssitzungen werden zukünftig öffentlich stattfinden und rechtzeitig auch auf der Internetseite (www.eberswalder-buerger.de) bekannt gegeben.

HEIKE ECKE, Vorstandsvorsitzende

Eberswalder Bürgerhaushalt 2009:

Zahlreiche Vorschläge kamen per Mail

Der Bürgerhaushalt 2009 stand zur Diskussion und wie schon für den Bürgerhaushalt 2008, gab es eine rege Beteiligung der Eberswalderinnen und Eberswalder. Sie nutzten engagiert die Gelegenheit, ihre Ideen, Vorschläge oder Wünsche in Sachen Finanzplanung 2009 für die Stadt einzubringen.

Neunzehn Vorschläge waren es insgesamt, von siebzehn Einreichern. Dabei auch Zusendungen von Nicht-Eberswaldern, die leider nicht berücksichtigt werden dürfen. Denn, der Bürgerhaushalt ist einzig ein Instrument für die in Eberswalde wohnenden Einwohnerinnen und Einwohner. Acht Vorschläge gehen als Beschlußvorlagen in Ausschüsse und die Stadtverordnetenversammlung. Alle weiteren Vorschläge konnten nicht berücksichtigt werden, da sie nicht in die Zuständigkeit der Stadt

Eberswalde fallen oder Planungen z.B. schon angelaufen sind. Sie werden weitergeleitet an die entsprechend zuständigen Stellen und von der Kämmerei beantwortet.

Inhaltlich waren die Einsendungen übrigens breit gefächert: ob Vorschläge zum Straßen- oder Wegebau, Begrünungen in Ortsteilen, Hundeauslaufreviere oder den Straßenverkehr betreffend. »Die Eberswalderinnen und Eberswalder bringen sich ein, interessieren sich für ihre Stadt und wollen gern mitgestalten«, so das Fazit von Bürgermeister Friedhelm Boginski, der sich ausdrücklich darüber freut und sich bei allen bedankt, die mit ihren Ideen unsere Stadt weiter voranbringen. Übrigens: In diesem Jahr trafen die Vorschläge überwiegend per E-Mail im Rathaus ein.

BRITTA STÖWE,

Pressesprecherin der Stadt Eberswalde

Eberswalder Bürgerhaushalt 2009:

Verwaltung erweitert Rechte der Bürger

Eberswalde (bbp). Am 12. November befaßt sich der Finanzausschuß mit den Vorschlägen für den Bürgerhaushalt 2009. Von den 19 eingereichten Vorschlägen hat die Stadtverwaltung acht in entsprechenden Beschlußvorlagen an die StVV-Gremien der StVV weitergeleitet. Der Finanzausschuß wird zunächst prüfen müssen, inwieweit die Beschlußvorlagen als Vorschläge im Rahmen des Bürgerhaushaltes gelten können. Eine Definition dafür gibt es bisher nicht. Auch der Entwurf der Hauptsatzung, der am 13. November im Hauptausschuß beraten und schon am 20. November von der StVV beschlossen werden soll, gibt darauf keine Antwort. Auch nicht auf die Frage, inwieweit Stadtverordnete ihre Vorschläge im Rahmen des Bürgerhaushaltes unterbreiten können, die dies als Abgeordnete ohnehin können.

In diesem Jahr wurden drei der Vorschläge von Stadtverordneten unterbreitet. Die Verwaltung empfiehlt diese zur Annahme. Ein weiterer Vorschlag, den die Stadtverwaltung

weitergeleitet hat, betrifft den Verwaltungshaushalt. Nach den derzeit gültigen Regeln umfaßt der Bürgerhaushalt nur Vorschläge des Vermögenshaushaltes. Dies kann als Vorstoß der Verwaltung gewertet werden, das Vorschlagsrecht der Einwohnerinnen und Einwohner im Rahmen des Bürgerhaushaltes künftig auch auf den Verwaltungshaushalt auszudehnen. Daß die Stadtverordneten durch Bürgermeister und Verwaltung nicht in den Entscheidungsprozeß zur Erweiterung der Möglichkeiten des Bürgerhaushaltes einbezogen wurden, dürfte allerdings auf wenig Gegenliebe stoßen.

Dem bisher gültigen Charakter von Bürgerhaushaltsvorschlägen entsprechen vier Vorschläge, die den Bau der Wasserturmstraße, die Sanierung der Nagel- und Mauerstraße, den Radweg Finow/Clara-Zetkin-Siedlung und eine Außenstelle der Bibliothek in Finow betreffen. Ausgerechnet diese Vorschläge werden allerdings durchweg von der Stadtverwaltung zur Ablehnung empfohlen.

Bündnispolitik

Eberswalde (bbp). Das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde engagierte sich nach seinem »glänzenden Start« zu den Eberswalder Bürgermeisterwahlen – zur Bürgermeisterwahl 2006 kam das Bündnis mit ihrem Kandidaten Hartwin Schulz auf mehr als 18 Prozent – auf vielfältige Weise außerparlamentarisch. Bei den Kommunalwahlen im September schaffte es das Bündnis, mit zwei Kandidaten in die StVV Eberswalde und mit einem in den Kreistag Barnim einzuziehen.

Kleine Gruppierungen und Einzelabgeordnete werden durch die neuen Regelungen in der Brandenburgischen Kommunalverfassung noch stärker diskriminiert als bisher. Fraktionslose Abgeordnete werden bei der Besetzung der Ausschüsse und Gremien, bei den Antragsrechten und auch bei der Finanzausstattung benachteiligt. Das Bündnis will mit ihren erlangten Mandaten positive politische Ergebnisse erzielen, heißt es in einer Mitte Oktober verbreiteten Erklärung des Bündnisses.

Um die Möglichkeit einer gleichberechtigten Mitarbeit in den Ausschüssen wahrzunehmen, ist die Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften notwendig. Die vielfältigen Übereinstimmungen in den kommunalpolitischen Zielen berücksichtigend, hat sich das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde entschlossen, das Angebot von Bündnis 90/Die Grünen zur Bildung einer gemeinsamen Fraktion im Kreistag Barnim anzunehmen.

»Mit Bedauern stellen wir fest«, heißt es in der Erklärung, »daß einige frühere Mitstreiter im Bündnis einen Weg gehen, der gemeinsame Fraktionen mit ihnen ausschließt«. Das Bündnis ist bereit, auch mit allen anderen demokratischen Kräften zusammenzuarbeiten, soweit dies mit seinen politischen Zielen in Übereinstimmung zu bringen ist, ohne dabei die Unabhängigkeit und Eigenständigkeit zu gefährden.

Reifenlager ersteigert

Eberswalde (prest-ew). Die Stadt Eberswalde hat am 4. November das Reifenlager Nordend zum Mindestgebot ersteigert. Seit vielen Jahren hatte sie sich vergeblich um dessen Ankauf bemüht. »Das ist die beste Nachricht, die ich seit langem erhalten habe«, so Bürgermeister Friedhelm Boginski hoch erfreut über den Ausgang des Versteigerungstermines in Strausberg. »Ich gehe davon aus, daß nun umgehend das wilde Reifenlager beräumt und so die Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger in Nordend wieder hergestellt wird.« Noch in dieser Woche erfolgt die Zuschlagserteilung für die Beräumung, um einen weiteren Brand, wie in der Nacht vom 22. zum 23. September geschehen, zu verhindern. Die StVV hatte bereits auf ihrer Sitzung am 23. Oktober die Weichen für den Zuschlag gestellt – unter der Voraussetzung, daß die Stadt das Areal ersteigert. Das ist nun erfolgt. Die Gefahrensituation kann nun beseitigt werden.

»Straßenausbaubeitragsatzung sofort überarbeiten«

Als die Anlieger der Jahnstraße Ende 2007 »Nein« zum Ausbau ihrer Straße sagten, hatte die Stadtverwaltung noch die Hoffnung, daß es nach Korrekturen der Planung doch noch eine Zustimmung zum Ausbau der Jahnstraße geben könne. Aber die Anlieger blieben bei ihrem »Nein«, auch nachdem etwas geringere Straßenausbaubeiträge angeboten wurden. Die Stadt verzichtete daraufhin (zunächst?) auf den Ausbau der Straße. Der am Ausbau nicht ganz uninteressierte AWO-Vorsitzende Gruzalewski sah Chancen, das Problem eventuell über seine Firma klären zu können.

Ungebrochen ist der Widerstand gegen den sogenannten »Eichwerder Ring« als Umgehungsstraße, der den Anliegern hohe Belastungen zugunsten der Breiten Straße aufbürden würde. Gemeinschaftlich setzen sich die Anlieger in einer Bürgerinitiative zur Wehr. Analog bildete sich auch eine Bürgerinitiative Erich-Mühsam-Straße, die einen Ausbau ihrer Straße nach historischem Vorbild und entsprechend ihren eigenen Wünschen fordert. Die Stadtverwaltung sah sich unter dem Nachdruck der Politik gezwungen, den Forderungen nachzugeben. Beide Bürgerinitiativen nutzten auch die Kommunalwahl 2008, um das Recht der Bürger auf Mitbestimmung bei wichtigen städtischen Entscheidungen, wie z.B. Straßenausbaumaßnahmen, einzufordern.

Gab es schon bei der Planung des Kupferhammerweges heftige Wortgefechte der unterschiedlich Betroffenen des Straßenausbaus bzw. der Verkehrsführung vor, während und nach dem Ausbau der Straße, so eskalierte der Streit nun bei Bekanntgabe der durch die Anlieger zu zahlenden Straßenausbaubeiträge. Die Stadt tritt jetzt die Flucht nach vorn an und sucht das Problem mit einer Sondersat-

zung zu lösen, wie dies auch von den Grünen als Lösungsansatz gesehen wird.

Der Ausbau der Wasserturmstraße scheint sich zum weiteren Problem der Straßenausbaupläne der Stadt zu entwickeln. Obgleich alle gesellschaftlichen Kräfte der Stadt den Ausbau für eine längst überfällige Maßnahme halten, ist es der Verwaltung gelungen ein großes Konfliktpotential anzuhäufen, das einer schnellen Realisierung im Wege steht. Die Forderung des Bauausschusses auf Vertagung wurde ignoriert.

Mit einem rechtswidrigen Beschluß der StVV wurde die Vorplanung in Auftrag gegeben. Eine vorbereitende Variantenuntersuchung zur Erschließung der Messingwerksiedlung, die die Wasserturmstraße tangiert, wurde nicht im Abgeordnetenraum diskutiert und entschieden. Vorschläge zum Thema Wasserturmstraße im Rahmen des Bürgerhaushalts empfiehlt die Stadtverwaltung der StVV zur Ablehnung. Die Ermittlung der Straßenausbau- und Erschließungsbeiträge ist mehr als streitbar und im Haushaltsplan nicht nachvollziehbar dargestellt. Auch in diesem Zusammenhang ist schon von Sonderregelungen die Rede.

Die Entwicklung steuert offensichtlich auf eine Situation zu, daß für jedes neue Straßenausbauprojekt Sonderregelungen getroffen werden müssen, um die Hindernisse auszuräumen. Aber kann dies der Weg sein?

Es muß jedem Kommunalpolitiker ins Auge springen, daß neue grundsätzliche Lösungen gefunden werden müssen. Es stellt sich die Frage, ob die derzeitige Straßenausbaubeitragsatzung noch Bestand haben kann? Es geht doch um zwei Kardinalfragen:

1. Die Beteiligung der Bürger an der Gestaltung der auszubauenden Straßen und an der Entscheidung darüber.

2. um die Höhe der vom Anlieger zu leistenden Beiträge.

Wer bestellt, der bezahlt auch, oder umgekehrt: wer bezahlen soll, muß auch mitentscheiden können, was gebaut werden soll.

Die Bürger wehren sich immer mehr gegen die völlig inakzeptable Praxis, daß über ihre Köpfe hinweg geplant wird und sie dann 65 % der Kosten bezahlen.

Nach einem Beschluß der StVV aus der letzten Wahlperiode hat die Stadtverwaltung die Straßenausbaubeitragsatzung zu überarbeiten. Sie wird dieser Aufgabe nur gerecht, wenn sie die beiden oben genannten Kardinalfragen anpackt und nach neuen Lösungen sucht. Beteiligung der Bürger an der Planung muß als ein Prozeß bereits bei den ersten Schritten der Befassung mit einem neuen Projekt beginnen. Am Ende des Planungsprozesses darf die StVV sich nur für den Straßenausbau entscheiden, wenn die Bürger vorgabegemäß einbezogen wurden und sich in ihrer überwiegenden Mehrheit für das Projekt ausgesprochen haben. Die Anliegerbeiträge müssen dem Grundsatz Rechnung tragen, daß sie dem tatsächlichen Vorteil des Projektes für den Anlieger entsprechen. Das wird nicht mehr mit einem einheitlichen Durchschnittsbeitragsatz zu machen sein. Vielmehr braucht es differenzierte Sätze für unterschiedliche Vorteilsverhältnisse, für deren Anwendung in jedem Einzelfall eine Entscheidung nach möglichst objektiven Kriterien zu treffen ist.

Wenn die Stadt für 2009 die vorgesehenen Straßenausbaumaßnahmen in den Ortsteilen ohne größere Widerstände planen und realisieren will, wird sie nicht umhinkommen, umgehend mit der Überarbeitung der entsprechend Satzung zu beginnen.

ALBRECHT TRILLER

Erdkabel der Stromfreileitung gesetzlich gleichstellen!

Bündnisgrüne bringen Antrag in Bundestag ein

Am 16. Oktober debattierte der Bundestag über den von der Bundesregierung erarbeiteten Gesetzentwurf zur Beschleunigung des Ausbaus der Höchstspannungsnetze. Cornelia Behm, Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, forderte mit Nachdruck eine gesetzliche Gleichstellung des Erdkabels mit der Energiefreileitung:

»Der Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt dürfen nicht aus Kostengründen aufs Spiel gesetzt werden. Dort, wo Natur und Landschaft durch Höchstspannungsleitungen über Gebühr beeinträchtigt würden, gehören die Leitungen in die Erde. Gleiches gilt in der Nähe von Siedlungen. Unser Antrag zum Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht deshalb vor, daß in Planfeststellungsverfahren ortsabhängig festgelegt werden muß, welche Form der Energieleitung verwendet wird. Im Moment ist dies unglücklicherweise dem

Gutdünken der Energiekonzerne überlassen. Ohne gesetzliche Grundlage entscheiden sie regelmäßig gegen das Erdkabel.«

Der Antrag der bündnisgrünen Bundestagsfraktion sieht auch vor, daß die Beteiligungs- und Klagerechte der Bevölkerung bei Planung und Bau der Leitung voll erhalten bleiben. »Die Menschen müssen die Möglichkeit haben, ihr Lebensumfeld mit zu gestalten. Mit einem beschleunigten Planungsverfahren, wie es die Bundesregierung beim Bau von Höchstspannungslei-

tungen anwenden will, werden Bürgerinteressen übergangen.«

Wenn in parlamentarischen Verfahren die Forderungen aus unserem Antrag aufgegriffen werden, wäre das auch eine Lösung für die Uckermarkleitung. Es wäre die passende Antwort auf die berechtigten Sorgen der Bürger - nicht nur in Brandenburg sondern überall in Deutschland.

OLAF GOLDSCHMIDT,
Mitarbeiter BürgerInnenbüro Cornelia Behm

»Grüne Impulse für Ostdeutschland «

Kongreß der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen
12.-13. Dezember 2008 in Berlin

Programm unter www.gruene-bundestag.de

Ist das die neue Eberswalder Politik?

Einwohnerfrage in der StVV am 23. Oktober zur Straße Am Wasserturm

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Boginski, ich bin einer der wenigen Einwohner der Messingwerksiedlung, der sich schon jahrelang für einen Ausbau der Wasserturmstraße ausgesprochen hat. Ich bin ebenfalls für eine rasche Realisierung der Wasserturmstraße, denn der derzeitige Straßenzustand wird der besonderen Bedeutung des Wasserturmumfeldes nicht gerecht. Trotzdem drängen sich mir viele Fragen zur Vorgehensweise der Stadtverwaltung zum Bau der Wasserturmstraße, zu den Vorlagen in der Ausschüsse und zur Einwohnerfragestunde im Hauptausschuß am 4. September auf.

Sie und auch Herr Dr. Prüger begründen die Eilbedürftigkeit des Straßenausbaues der Wasserturmstraße mit der großen Anzahl der Teilnehmer und Besucher aus dem In- und Ausland zu dem im Juni 2009 stattfindenden Finow-Cup. Genau das ist einer der Gründe, warum ich gegen den Neubau der Straße über das Sportplatzgelände votiere. Selbst Herr Scharf vom Vorstand des Sportvereins Stahl-Finow hat auf der StVV am 11. September gesagt, »wir vom Vorstand gehen mit dieser Straßenführung einen Kompromiß ein«.

Ein Kompromiß ist immer eine Notlösung. Diese Variante kann doch unmöglich die Vorzugsvariante der Stadtverwaltung sein.

Auf der öffentlichen Sitzung der StVV wurde die Eilbedürftigkeit der Vorplanung der Straße durch Frau Köhler mit den Argumenten begründet, die Stadt hat in diesem Jahr keine Mittel mehr um die Löcher auf der alten Zufahrt zuzuschütten und die Mittel für den Neubau sind im Haushaltsplan für 2008 mit 133.000 Euro eingestellt.

Ich habe in meinem Vorschlag zum Bürgerhaushalt 2009 vorgeschlagen, mit den Baumaßnahmen vor dem Wasserturm noch in diesem Jahr zu beginnen. Diese Bautätigkeiten sind bis zum Finow-Cup abgeschlossen, so daß die Veranstaltung auf dem Sportplatzgelände nicht behindert wird. Alle sehen, hier geht es voran. Somit gewinnt die Stadtverwaltung Zeit, um eine bessere Variante für die Zufahrtstraße zum Turm zu finden.

Wie es sich abzeichnet, wird der Metallbaubetrieb in absehbarer Zeit seinen Standort verlassen und die Zufahrt kann über das ehemalige Gelände geführt werden. Somit ist auch der Weg frei für einen Großparkplatz östlich vor dem Wasserturm, wie er in der Erschließungskonzeption Messingwerksiedlung vorgestellt wurde.

Auf der Sitzung des Ausschusses Bau, Planung und Umwelt (ABPU) am 2. September wurde die Vorlage 7/46/08 Vorplanung der Wasserturmstraße den Ausschußmitgliedern nur mit der Beratungsfolge »ABPU beratend« vorgelegt. Warum wurden die Termine des Hauptausschusses am 4. und der StVV am 11. September auf der Vorlage nicht vermerkt? Von einer besonderen Eilbedürftigkeit kann so-

mit doch nicht ausgegangen werden. Ist das die neue Politik in der Stadtverwaltung?

Aufgrund der fehlenden Ankündigung der Beratungsfolge in Hauptausschuß und StVV ist mir und auch anderen Bürgern nicht bekannt gewesen, daß diese Vorlage im Hauptausschuß zur Beratung auf den Tisch kommt, zumal diese auf Antrag von Frau Oehler einstimmig in den neuen Ausschuß ABPU nach der Wahl verwiesen wurde.

Schon bei der Diskussion dieser Vorlage im ABPU am 2. September habe ich meine Bedenken gegen die Trassenführung über das Sportplatzgelände zum Ausdruck gebracht. Durch die Verschleierungstaktik mittels Tischvorlage im Hauptausschuß hatten uneingeweihte Einwohner in der Einwohnerfragestunde überhaupt keine Möglichkeit, zu dieser Vorlage Stellung zu nehmen.

Ich als Anwohner des Sportplatzes und auch andere Anwohner hätten ja ihre Bedenken gegen diese Trassenführung in dieser Fragestunde zum Ausdruck bringen können, was offensichtlich nicht gewollt war. In dem Brief von Ihnen an Herrn Triller schreiben Sie, die Einwohner hätten sich auf der Sitzung des Hauptausschusses für diesen Straßenausbau ausgesprochen und der Ausschuß sei diesem Wunsch gefolgt.

Ich frage Sie, wer waren diese Einwohner? Woher wußten diese Einwohner von der Tischvorlage? Diese Fragen kann ich mir fast selbst beantworten. Es waren keine Einwohner der Messingwerksiedlung und auch keine Anlieger der Wasserturmstraße. Es waren die Herren Kuchenbecker, Vorsitzender des Wasserturmvereins, und Herr Scharf vom Vorstand des Sportvereins Stahl-Finow.

In mir kommt der Verdacht auf, daß ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung diese beiden Herren informiert hat, zu dieser Hauptausschußsitzung zu kommen, um für diese Vorzugsvariante der Verwaltung zu sprechen. Geschah das möglicherweise nur, um den Anschein der Eilbedürftigkeit zu erwecken und um das Thema beraten zu können, ohne die Öffentlichkeit informieren zu müssen?

Diese Art der Politik ist unter der Ära von Herrn Schulz nicht ungewöhnlich gewesen, aber unter Ihrer Führung hätte ich das nicht erwartet. Nachdem ich den Vorschlag zum Bürgerhaushalt eingereicht habe und er auch durch die StVV beschlossen wurde, glaubte ich, nun wird die Zusammenarbeit der Stadtverwaltung mit den Bürgern auf der Ebene der Kommunalpolitik besser, dem ist anscheinend doch nicht so.

Ich erwarte von der Stadtverwaltung, daß die Straße zum Wasserturm in einer vernünftigen und kostengünstigen Variante gebaut wird, ohne die Zerstörung der Ansicht der Sportanlage, die Fällung von Bäumen und die zusätzliche Versiegelung von Grünflächen.

OTTO BAAZ

Antworten der Verwaltung

Eberswalde (bbp). In der StVV am 11. September hatte Otto Baaz mehrere Einwohnerfragen im Zusammenhang mit der geplanten Straße Am Wasserturm in Finow gestellt. In der schriftlichen Antwort von Baudezernent Dr. Gunther Prüger heißt es:

1. Warum wurde das Votum von sieben Stadtverordneten (des Ausschusses Bau, Planung und Umwelt - d.Red.) einfach ignoriert?

Durch den Hauptausschuß am 04.09.2008 wurde festgelegt, daß die Vorlage Vorplanung der Straße Am Wasserturm in die Stadtverordnetenversammlung am 11.09.2008 einzubringen ist.

2. Warum benötigt die Verwaltung fast ein Jahr, ihnen nur einen Alternativvorschlag vorzustellen und meiner Meinung nach den schlechtesten?

Die Verwaltung hat im 1. Halbjahr 2008 die Erschließungskonzeption Messingwerk erarbeitet. In dieser Konzeption sind mehrere Varianten der Erschließung untersucht worden.

Als Vorzugsvariante hat sich die in der Vorlage Vorplanung der Straße Am Wasserturm dargestellte Variante ergeben.

Die Konzeption lag dem Ausschuß Bau, Planung und Umwelt am 02.09.2008 als Informationsvorlage vor. Für die Vorstellung der Vorplanung, hergeleitet aus einer städtebaulichen Konzeption, von der die Stadtverordneten Kenntnis hatten, war der 02.09.2008 der frühestmögliche Termin.

3. Warum wurde für die Gestaltung der Flächen und Wege zum Wasserturm kein Architektenwettbewerb ausgeschrieben?

Die Stadtverwaltung hat für den Bereich Messingwerk eine Erschließungskonzeption erarbeitet, die alle Nutzungsbeschränkungen und Entwicklungstendenzen in der Messingwerksiedlung berücksichtigt. In dieser Konzeption wurden mehrere Varianten für die Erschließung des gesamten Gebietes, auch unter städtebaulich-gestalterischen Aspekten, untersucht. Ein Architektenwettbewerb zur Straßenraumgestaltung einer reinen Erschließungsstraße war in diesem Fall nicht notwendig.

4. Warum jetzt diese Eile für solch eine unmögliche Variante?

Die Eilbedürftigkeit wurde bereits im Hauptausschuß am 04.09.2008 dargestellt. Nach dem Stand der Diskussion im Hauptausschuß sollte sichergestellt werden, daß die Straßenbaumaßnahme bis zum Beginn des Finow-Cups im Juni 2009 abgeschlossen ist und die Sportveranstaltung nicht durch die Tiefbauarbeiten beeinträchtigt wird. Aus Gründen der Imagepflege und der Werbung für die Stadt Eberswalde als Veranstaltungsort ist es wichtig, sich den Teilnehmern und den Besuchern des Finow-Cups vorteilhaft zu präsentieren.

Dies setzt voraus, daß die Sportveranstaltung in einem ansprechenden Umfeld stattfindet. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es erforderlich, umgehend die Planung weiterzuführen.

Eine Saftflasche und 500 Milliarden Euro

Es ist noch nicht lange her, als der Bundestag ein Gesetz zur Bepfandung von Einwegflaschen und Getränkedosen verabschiedete. Es dauerte mindestens 3 Jahre, bis dieses Gesetz für den Verbraucher, ein tolles Wort für Personen, die ein Produkt kaufen, wirksam wurde. Mehrfach wurde das Gesetz nachgebessert. Ich habe heute noch einen Pfandbon aus NRW, der nur in diesem Geschäft eingelöst werden konnte. Als ich zwei Jahre nach Ausstellung dieses Bons wieder dort war, gab es das Geschäft nicht mehr. Ich hatte also einen wertlosen Fetzen Papier dank der Politik der Bundesregierung.

Nach vielem Geschwätz in den Medien und im Bundestag trat die jetzige Regelung in Kraft. Keiner der oft wechselnden Hilfsverkäufer in den Kaufhallen durchschaut diese Regeln, aber es gibt ja Automaten, denen man glauben kann, daß sie die richtige Entscheidung bei der Rücknahme des Pfandgutes treffen.

Ohne viel Geschwätz und innerhalb von nur einer Woche wurde von derselben Institution

der BRD ein sogenanntes Rettungspaket im Umfang von 500 Milliarden Euro beschlossen, d.h. der Staat übernimmt Bürgschaften bis zu 500 Milliarden Euro.

Ich versuche mir mal diese Menge Geld vorzustellen. Müßte ich einen LKW bestellen, um mir diese Summe von der Sparkasse zu holen?

500 Milliarden Euro sind 1 Milliarde Geldscheine zu 500Euro. Druckfrisch werden diese in Bündeln zu je 20 Stück angeliefert. Das sind bei 1 Milliarde Scheine 50 Millionen Bündel.

So ein Bündel ist 3 mm dick. Gestapelt ergibt das eine Höhe von 150 Kilometern bzw. umgerechnet 150.000 Meter. Ein 500-Euro-Scheins hat die Abmessung von 160 x 82 mm oder 0,16 x 0,082 m. Mit den 150.000 Höhenmetern ergibt das ein Volumen von 1.968 m³. Ein 40-Tonnen-Sattelzug hat eine Ladefläche von 13,6 m Länge, 2,5 m Breite und 2,7 m Höhe = 91,8 m³. Daraus folgt, es werden 22 Sattelzüge benötigt, um diese Geldmenge abzutransportieren.

Die Schulbuchrechnung hat allerdings zwei entscheidende Haken:

1. Ein 40-Tonnen-Sattelzug kann etwa 25 Tonnen zuladen. Ein 500-Euro-Schein hat eine Masse von 1,1 Gramm. Eine Mrd. 500-Euro-Scheine hätten eine Masse von 1.100 Tonnen. Tatsächlich würde man also 44 Sattelzüge brauchen!

2. Wir rechneten bisher mit 1 Mrd. 500-Euro-Scheinen. Nach der EZB-Statistik des Jahres 2007 gab es aber insgesamt nur 437 Millionen 500-Euro-Scheine. Überhaupt gab es nur Banknoten im Wert von 640,249 Milliarden Euro plus 23,587 Milliarden Euro Münzgeld. Von diesen 663 Milliarden Euro will nun also die Bundesregierung 500 Milliarden Euro retten.

Wenn ich das nächste mal vor einem Leergutautomaten stehe und meine Pfandflaschen nicht loswerde, werde ich daran denken, wie schnell der Bundestag manchmal über die Rettung vor einer Misere entscheiden kann.

BERNHARD ULLRICH

Züge alle 30 Minuten

Eberswalde (bbp). »Durch eine Fahrplanoptimierung zwischen IC und RE 3 könnte ein 30-Minuten-Takt zwischen Berlin Südkreuz und Angermünde erreicht werden«, meint Heinz-Joachim Bona, Abgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Barnim. Derzeit fahren die Züge im Abstand von 10 Minuten unmittelbar hintereinander, mit darauffolgender Einstundenpause. Zur Regionalkonferenz des Verkehrsverbundes Berlin Brandenburg (VBB) hatte Bona, als Vertreter der Fahrgastverbände, sowie der stellvertretende Landrat Carsten Bockhardt (CDU) die ungünstige Fahrplangebung zwischen den Fern- und Regionalzügen kritisiert und Vorschläge zur Verbesserung vom VBB gefordert.

Contraste-Archiv-CD

CONTRASTE-Jahrgänge 2005 bis 2007. Jahrgang 1984 mit den historischen drei ersten »Wandelsblatt«-Ausgaben. »Reader der Alternativ-Medien« aus den »Bunten Seiten 2003+«. Alle Texte als pdf-Dateien.

CONTRASTE-AbonnentInnen und Fördermitglieder erhalten diese für 25 EUR, zzgl. 3 EUR Versandkosten oder kostenlos als Abopramie. Alle anderen bekommen sie für 35 EUR zzgl. 3 EUR Versandkosten. Bestellungen: Zeitsprung Verlag, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, E-Mail: zeitsprung-verlag@online.de

CONTRASTE ist die einzige überregionale Monatszeitung für Selbstorganisation. CONTRASTE dient den Bewegungen als monatliches Sprachrohr und Diskussionsforum.

Entgegen dem herrschenden Zeitgeist, der sich in allen Lebensbereichen breit macht, wird hier regelmäßig aus dem Land der gelebten Utopien berichtet. CONTRASTE ist so buntgemischt wie die Bewegungen selbst.

Ohne nachhaltige Wirkung

Gedanken zur Wahl des Sprecherrates »Soziale Stadt«

Ich selbst war von April 2007 bis September 2008 Mitglied im Sprecherrat »Soziale Stadt« im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde. Bei der Neuwahl wurde schon als Erfolg gewertet, daß von über 5.000 Einwohnern 50 zur Wahl anwesend waren. Mir stellt sich da die Frage: Sind die Mitglieder nach dieser Minimalteilnehmerzahl überhaupt legitimiert, die Interessen

der Bürger des Stadtteils zu vertreten. Das Gremium besteht aus über 21 Mitgliedern. Für mich war und ist dieses große Gremium überdimensioniert. Müssen tatsächlich alle Vereine und Wohnungsgesellschaften Mitglied in diesem Gremium sein – ich denke NEIN. Diese könnten zu wichtigen Fragen konsultiert und mit beratender Stimme eingeladen werden.

Mein Ziel war es, einiges im sozialen Zusammenleben des Brandenburgischen Viertels mit verändern zu können. Dies erwies sich leider nur bedingt als machbar. Man lebte von Sitzung zu Sitzung ohne eine klare Struktur, sprich Tagesordnung. Ich war nicht so sehr Interessenvertreter der Bürger, sondern eher Mitarbeiter einer »Reisebüro/Konzert- und Gastspieldirektion«. In der Mehrzahl wurden Anträge von Vereinen, sozialen Einrichtungen und Schulen gestellt, um für Veranstaltungen der verschiedensten Art sicher notwendige finanzielle Unterstützung zu erhalten. Es wurde streitbar abgestimmt. Die Anträge und deren Bewilligung bescherten aber im Wohngebiet kaum nachhaltige Wirkungen. Erst in den letzten Monaten kam es zu Informationen, wie ein Teil der Finanzmittel eingesetzt wurde. Oft war es so, daß finanzielle Defizite der Vereine aus-



Am 27. Oktober wurde im Brandenburgischen Viertel ein neuer Sprecherrat gewählt.

glichen wurden. Manchmal wurden Vereine, wie z.B. der Pokerclub, erst durch die Mittel aus dem »Soziale Stadt«-Programm überhaupt erst aktiv. Fragen der Mitglieder bzw. ihnen von Einwohnern zugetragene Fragen und Probleme wurden nicht immer zur Zufriedenheit geklärt, wie sich bei der Skaterbahn wieder herausstellte. Besonders das evangelische Gemeindezentrum hat von den Finanzmitteln profitiert, obwohl der Leiter teilweise sich als nicht kooperativ, bisweilen auch quertreiberisch positionierte. Damit will ich nicht sagen, daß das Geld für die Arbeit des Zentrums schlecht angelegt wurde. Weiter gab es von Mitarbeitern der Stadtverwaltung Informationen die unser Wohngebiet betrafen. Gestellte Fragen wurden in vielfältiger Art und Weise behandelt, oft aber auch erst nach wiederholtem Nachfragen.

Im übrigen fließen die Gelder aus Cottbus seit dem Frühjahr nicht mehr so üppig wie zu Beginn meiner Tätigkeit im Sprecherrat und als ich nach dieser Information mein mir zustehendes demokratisches Recht per Mail deutlich machte, wurde ich später »reglementiert«.

HANS-JÜRGEN MÜLLER,

Einwohner des Brandenburgischen Viertels

Freiheitlich-demokratische Abwasserdiktatur

»Und die Freiheit hat sich den Fuß verrenkt, kann nicht mehr springen und stürmen«

Überlegungen aus Anlaß der massiven Behinderung einer privaten Wasserrückgewinnung aus Abwasser durch die konkurrierende öffentliche Hand in Briesensee und Rauen von Dr. rer. nat. WOLF-HASSO SCHONER.

Im traurigen Monat November war's, die Tage wurden trüber, der Wind riß von den Bäumen das Laub«, da wollte ich, in Erinnerung an die Demonstration vom 4. November 1989 zur Einhaltung der Verfassung der DDR auf dem Alex in Berlin, die Einhaltung der Grund- und Menschenrechte (hier auf Privat-Eigentum, Handlungsfreiheit und Schutz von Wohnung und Grundstück) in Brandenburg anmahnen.

Am 31.07.2008 konnte man in der »Märkischen Allgemeinen – MAZ-Spezial«, als Schlußsatz des Gastbeitrages »Gegen das Verdrängen« des Brandenburger Innenministers Schönbohm zur Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR lesen: »Nie wieder Unfreiheit und Repressionen – dafür Freiheit, Recht und Eigenverantwortung sollte unsere Lehre aus der Vergangenheit sein.«

Nur aus der DDR-Vergangenheit? Wer sind die Adressaten dieser Botschaft? Warum richtet sich derjenige, der diese hehren Worte schrieb, in seinem politischen Wirken nicht selbst danach?

Am 10.09.2008 unterbanden die Aufgabenträger der Abwasserbeseitigung (mit Unterstützung durch Polizeieinsatzkräfte) zeitgleich in Briesensee und in Rauen auf den zuvor bereits (über Anschlußschacht und Anschlußleitung) mit der öffentlichen Kanalisation verbunden gewesenen Grundstücken der Familien Groger und Plenzke die Aufbereitung eines durch häuslichen Gebrauch zu Schmutzwasser verunreinigten Wassers zu Brauchwasser und damit die wasserwirtschaftlich wie wasserrechtlich gebotene Wiedergewinnung von Wasser aus Abwasser und dessen erneute, Ressourcen sparende Verwendung – hier zur Auffüllung von Verdunstungsverlusten in Gartenteichen, zur Bewässerung und zum Tränken von Tieren. Die Aufbereitung erfolgte energiesparend mit Hilfe wartungsarmer, funktionsstabiler, stoßweise beschickter, mit Schilf bewachsener, gut reinigender und gut hygienisierender bioaktiver Vertikalbodenfilter in zertifizierter Bauart. Eine theoretisch besorgte Gefahr für Gesundheit oder Umwelt war tatsächlich auszuschließen.

»Ich kenne die Weise, ich kenne den Text, ich kenn' auch die Herren Verfasser. Ich weiß, sie tranken heimlich Wein und predigten öffentlich Wasser.« – Der durchaus gläubige, aber ketzerische Dichter Dr. Jur. Heinrich Heine, der sich im katholischen Heiligenstadt vom dortigen progressiven Superintendenten, in der jedoch, wegen seines unangepaßten kritischen Geistes, trügerischen Hoffnung, als Christ ein sicher besoldeter preußischer Beamter werden zu können, zum Protestantentum taufen ließ, hat in seinem satirischen Gedicht »Deutschland ein Wintermärchen« seine noch heute lesenswerte Kri-

tik an Zuständen, Institutionen und Personen im damaligen vorrevolutionären Deutschland geübt: »Du bist der Richter, der Büttel bin ich, und mit dem Gehorsam des Knechtes vollstreck' ich das Urteil, das da gefällt, und sei es ein ungerechtes.« Wer denkt da an Briesensee oder Rauen?

Im »traurigen Monat November«, in dem »die Tage«, auch wegen der – ähnlich wie die Brandenburger Abwasserkostenmisere (infolge der gemäß EU-Kommunalabwasserrichtlinie aus 5/91 »ungerechtfertigten« Kanalisation der kleinen Dörfer, die erkennbar »keinen Nutzen für die Umwelt mit sich bringen würde« oder »mit übermäßigen Kosten« verbunden ist) – vorhersehbaren, auch vorhergesehenen, aber offenbar nicht vermeidbaren Finanzmarktkrise, »trüber« werden, kann man (dank Meinungs- und Druckfreiheit) weiterer, hoffnungsvoll begonnener deutscher Revolutionen kritisch gedenken, auch wenn man das (aus Gründen der Staatsräson) so nicht tun soll.

»Du sollst nicht vergleichen«, lautet ein neues Gebot. Man kann nach der Revolution von 1848 (die Heine enttäuschte) auch der Revolution von 1918 und der von 1989 gedenken. Und man kann über die jeweiligen Folgen enttäuscht sein. Mehr oder minder. So oder so.

Selbst die, die Geschichtsschreibung gern dominierenden neuen »Sieger der Geschichte«, denen der Sieg über »das Böse« (auch dank ihrer Wohlstands- und Freiheitsverheißungen) kampflos zugefallen ist, scheinen oftmals enttäuscht zu sein. Zumeist über das nur vermeintlich völlig »von der Diktatur befreite« Volk des Landes Brandenburg und Umgebung, das die Vergangenheit »nostalgisch verklärt«, obwohl es doch in dieser durch einen (nur durch »Mauer und Stacheldraht« durchsetzbaren) faktischen Zwang zum Anschluß im Interesse des Gemeinwohls an die »sozialistischen Errungenschaften« und zu deren Nutzung entmündigt und mancher Freiheit (durchaus stärker und länger als unbedingt erforderlich) beraubt worden war.

Offenbar hat sich auch unser Innenminister getäuscht und ist deshalb enttäuscht. Vermutlich sogar mehrfach. Enttäuscht über das zu stark »durch 40 Jahre SED-Diktatur geprägte«, seine »Vergangenheit verdrängende« ortsansässige Volk. Enttäuscht vielleicht auch über seine wohl geringe (durch Ministerialbürokratie und Banken mehr als durch Landtagsabgeordnete eingeschränkte) Macht als Minister. Enttäuscht vermutlich auch über die, sich bei ihren Berichten über die entlarvenden Polizeieinsätze in Briesensee und Rauen nicht selbst zensurierenden Medien. Deren Berichte über die, lediglich ihre Grund- und Menschenrechte verteidigenden Bürger erzeugen bundesweit Verwunderung und Nachdenklichkeit. Die

Sympathie der Zuschauer liegt (auch dank der beeindruckenden Bilder) eindeutig bei den tapferen, auch dem »Konziliaren Prozeß für Frieden, Gerechtigkeit und zur Bewahrung der Schöpfung« wie der »Agenda 21« (ein Abschlußdokument der »Konferenz für Umwelt und Entwicklung« in Rio 1992) verpflichteten Frauen, die eher eine Auszeichnung, z.B. das Bundesverdienstkreuz, statt eine unwürdige Behandlung durch die, dazu offenbar gezwungenen Polizeibeamten verdient haben – sofern für Auszeichnungen nicht das gilt, was einst Heine so frech bedichtete: »Noch immer schmückt man den Schweinen bei uns mit Lorbeerblättern den Rüssel.« Wo mögen die Wurzeln dieser Gewalt liegen, mit der eine wasserrechtlich zulässige, wasserwirtschaftlich und klimatisch gebotene Wasserwiedergewinnung im erkennbaren Interesse der Monopole unterbunden wurde? Wo mag diese Gewalt rechtshistorisch wurzeln?

Keineswegs in der »DDR-Diktatur«, in der man sein Abwasser aufbereiten durfte. Und nicht in dem, durch »Mauer und Stacheldraht« sowie »Schießbefehl« ermöglichten staatlichen Zwang zur willkürlichen Beschränkung von durch die Verfassung garantierten Freiheiten.

Die Ursprünge der Gewalt dürften wohl eher in der Staatszielsetzung der Gemeindeordnung vom 30.01.1935 liegen, »einem Grundgesetz des nationalsozialistischen Staates«, dessen Paragraph (§ 18) über die Möglichkeit zur Vorschreibung eines Zwanges zum »Anschluß an Wasserleitung, Kanalisation«, an »Straßenreinigung und ähnliche Volksgesundheit dienliche Einrichtungen« und »die Benutzung dieser Einrichtungen« nahezu wörtlich in die, offenbar aus dem Westen mitgebrachte Gemeindeordnung des Landes Brandenburg vom 15.10.1993 (§ 15) übernommen wurde und deren Geist in der »Brandenburger Kommunalverfassung« (§12) aus 2007 (gültig ab 10/2008) fortwirkt – trotz geänderten Textes bei Ausweitung des Zwanges auf die Fernwärme.

Damaliges Staatsziel war »die Gemeinschaft wieder vor das Einzelschicksal zu stellen, Gemeinnutz wieder vor Eigennutz zu setzen«. Im Grundgesetz (wie auch im Wasserhaushaltsgesetz) steht etwas anderes. Aber das wird von Politikern, Behörden und Gerichten ignoriert. Die brandenburgische Rechtspraxis scheint mir insofern einem älteren, keineswegs demokratischen Rechtsgrundsatz verpflichtet zu sein.

Ich kann mich irren. Konstruktiver Widerspruch ist mir deshalb genehm.

Unser Autor Dr. rer. nat. WOLF-HASSO SCHONER ist Mitglied der »Lokalen AGENDA 21 Neuruppin von unten«. Der vorliegende Beitrag erscheint zugleich als Titelbeitrag im Novemberheft der Zeitschrift »Eigenheimer«.

Zur Ausbeutung nur ganz kurz: Die meisten Menschen sind Arbeiter im weitesten Sinne des Wortes. Mit ihrer Arbeitskraft erzeugen sie Mehrwert. Der Mehrwert ist aber ihrer Verfügung entzogen. Natürlich wird heute der Mehrwert kaum vom kleinen Unternehmer in Dippoldiswalde oder Bischoffswerda angeeignet. Das wird auch verständlich, wenn wir die Bände 2 und 3 von Marxens Kapital beachten, in denen die Zirkulation und der Gesamtprozeß des Kapitals analysiert sind. Per Zirkulation des Kapitals und mit Staatshilfe wird der Mehrwert mehr oder weniger auch den Kleinunternehmern entzogen und von Konzernen, Banken, Groß-Aktionären und Groß-Managern angeeignet. Mißwirtschaft, Steuerflucht und Korruption kommen hinzu. Weil das der Staat fördert, kann die Mehrwertaneignung politisch bekämpft werden. Warum das so lasch geschehen ist, heute sogar rückgängig gemacht wird, weil die DDR nicht mehr existiert, läßt sich mit dem Entfremdungs-Syndrom erklären.

Aufhebung der Ausbeutung ohne Aufhebung der Entfremdung ist nicht möglich

»Überhaupt handelt es sich nicht um die Frage, ob das Proletariat ... die Produktionsinstrumente, Rohstoffe und Lebensmittel einfach gewaltsam in Besitz nimmt, ob es sofort Entschädigung dafür zahlt oder das Eigentum daran durch langsame Ratenzahlungen ablöst. Eine solche Frage im voraus und für alle Fälle beantworten zu wollen, hieße Utopien fabrizieren, und das überlasse ich andren.« (Friedrich Engels. In Marx Engels Werke MEW Band 18, Seite 282)

Die meisten Menschen werden nicht nur ausgebeutet. Den meisten Menschen ist noch viel, viel mehr entzogen als der Mehrwert. Reden wir also über Entfremdung. Zur Entfremdung gehört auch die ökonomische Ausbeutung, aber noch viel mehr:

1. Die Disposition allein schon des physischen Produkts der Arbeit ist dem Arbeiter entzogen. Das Produkt ist dem Arbeiter »entfremdet«.

2. Im Produkt ist konstantes und variables Kapital geronnen. Das variable Kapital – der Arbeiter – schafft mehr Produkt, als ihm in Form von Lohn vergütet wird. Das Mehrprodukt nimmt die Form des Mehrwerts für den Kapitalisten an. Daß das Mehrprodukt dem Arbeiter durch die Produktionsmittel-Eigentümer entzogen ist, heißt: Auch das Mehrprodukt wird dem Arbeiter »entfremdet«. In diesem Sinne fällt Ausbeutung mit Entfremdung zusammen.

3. Die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ist dem Arbeiter entzogen. Das ist die schlimmste Form der Entfremdung. Sie spielt die Schlüsselrolle. »Je mehr der Arbeiter sich ausarbeitet, um so mächtiger wird die fremde, gegenständliche Welt, die er sich gegenüber schafft....« (MEW 40, S.512). Heute scheint es ja, daß der Arbeiter froh sein kann, wenn ihm in der Nähe seines Wohnorts ein Unternehmen einen Arbeitsplatz bietet. (Seine Arbeitskraft kaufen will.) Aber den Unternehmen in fremder Hand ist es egal, ob sie dem Arbeiter dienen. Das hängt auch meist nicht vom einzelnen Unternehmer ab. Das einzelne Unter-

Karl Marx im 21. Jahrhundert (2)

Ausbeutung und Entfremdung

von Dr. Rainer Thiel

Zwei Zentren sind in Marxens Werk. Ihre Kreise überschneiden sich, sind trotzdem deutlich zu unterscheiden. Erstens die Ausbeutung und ihre Aufhebung. Zweitens die Entfremdung und ihre Aufhebung. Aufhebung der Entfremdung bedeutet Sozialismus.

nehmen ist selber den Zwängen des ganzen Systems, des Kapitalismus, unterworfen. Deshalb ist den Unternehmen egal, ob der Arbeiter Angst haben muß, seinen Job zu verlieren. Dem Kapital als Ganzem ist es sogar recht. Und wenn der Arbeiter arbeitslos ist, verliert er den letzten Rest der Anerkennung seiner Menschenwürde, ist Sklave von Harz IV, oder er muß auswandern. Früher trennte die Mauer zumeist entfernte Verwandte voneinander. Heute werden Ehepartner voneinander getrennt. Junge Frauen und junge Männer verzichten auf Kinder. Die gegenständliche Welt ist dem Arbeiter fremd.

So weit fallen Aufhebung von Ausbeutung und Entfremdung zusammen. Im rein Ökonomischen deckt sich beides. Doch der Mensch lebt nicht von Brot allein. Marx denkt über den Tellerrand hinaus:

Die Menschheit hat sich mit der Arbeit entwickelt. Aber: »Die Arbeit der Proletarier hat durch die Ausdehnung der Maschinerie und die Teilung der Arbeit ... allen Reiz für den Arbeiter verloren. Er wird bloßes Zubehör der Maschine...« (Kommunistisches Manifest, MEW 4 Seite 468f). Doch seinem menschlichen Wesen nach ist der Arbeiter fähig, viel mehr als nur Zubehör zur Maschinerie zu sein: »Der Arbeiter fühlt sich daher erst außer der Arbeit bei sich und in der Arbeit außer sich.« (MEW 40 Seite 514). In beiden Varianten ist der Arbeiter dem menschlichen Gattungswesen entfremdet. Aber gerade seinem Gattungswesen nach ist er fähig, viel mehr als Zubehör zur Maschine oder Konsument von Werbesendungen zu sein. Also geht Entfremdung weit über Ausbeutung hinaus. Und Entfremdung aufheben? Das heißt dann auch:

a) Der Mensch »tritt neben den Produktionsprozeß, statt sein Hauptagent zu sein.« (MEW 42.601) Das wird zumindest eingeleitet.

b) Reduzierung der Arbeitsteilung, Vielseitigkeit und Kreativität der Verrichtungen im Arbeitsprozeß (MEW Bände 20 und 23) wird eingeleitet bzw. fortgeführt.

c) Reduzierung der Arbeitszeit, »überhaupt die Reduktion der notwendigen Arbeit der Gesellschaft zu einem Minimum, der dann die künstlerische, wissenschaftliche etc. Ausbildung der Individuen durch die für sie alle freigewordene Zeit.... entspricht« (MEW 42.601) Auch Politik ist nur so möglich. Das muß hart erkämpft werden.

Basis zur Aufhebung von Entfremdung ist das Produktionspotential, das seit Marxens Zeit ins Gigantische gewachsen ist. Marx und Engels haben erkannt, was das bedeutet. Deshalb sage ich: Die beiden Bärtigen sind Philosophen unseres 21. Jahrhunderts: »...grade

durch diese industrielle Revolution hat die Produktionskraft der menschlichen Arbeit einen solchen Höhegrad erreicht, daß die Möglichkeit gegeben ist ..., nicht nur genug für die reichliche Konsumtion aller Gesellschaftsglieder ... hervorzubringen, sondern auch jedem einzelnen hinreichend Muße zu lassen, damit dasjenige, was aus der geschichtlich überkommenen Bildung – Wissenschaft, Kunst, Umgangsformen usw. – ... aus einem Monopol der herrschenden Klasse in ein Gemeingut der ganzen Gesellschaft verwandelt ... werde. Und hier liegt der entscheidende Punkt. Sobald die Produktionskraft der menschlichen Arbeit sich bis auf diesen Höhegrad entwickelt hat, verschwindet jeder Vorwand für den Bestand einer herrschenden Klasse.« (Friedrich Engels, erstmals veröffentlicht in »Volksstaat« 1872. Siehe MEW 18 Seite 220 f.)

1877/78 schrieb Engels im »Vorwärts«: »Solange die wirklich arbeitende Bevölkerung von ihrer notwendigen Arbeit so sehr in Anspruch genommen wird, daß ihr keine Zeit zur Besorgung der gemeinsamen Geschäfte der Gesellschaft – Arbeitsleitung, Staatsgeschäfte, Rechtsangelegenheiten, Kunst, Wissenschaft etc. – übrigbleibt, solange mußte stets eine besondere Klasse bestehen, die ... diese Angelegenheiten besorgte; ... die durch die große Industrie erreichte ungeheure Steigerung der Produktivkräfte erlaubt, daß für alle hinreichend freie Zeit bleibt, um sich an den allgemeinen Angelegenheiten der Gesellschaft ... zu beteiligen. Erst jetzt also ist jede herrschende und ausbeutende Klasse überflüssig, ja ein Hindernis der gesellschaftlichen Entwicklung geworden...« (F. Engels, in »Antidührung«, MEW 20 Seite 169)

Mit diesen Gedanken im Hintergrund schrieben Marx und Engels schon im Kommunistischen Manifest 1848: Was wir wollen, ist »...eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.« (MEW 4 Seite 482; siehe auch MEW 23 S. 618, MEW 20 S. 273; MEW 42 S. 395)

Der springende Punkt ist: Freie Zeit für öffentliche Angelegenheiten. Anders kann der Bürger nicht über seinen Tellerrand hinaus, anders ist Demokratie nicht möglich. Parlamentswahlen sind noch lange keine Demokratie. Sie dienen nur dazu, die Parteien-Macht aller vier Jahre neu aufzuteilen und zwischendurch das Volk von Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten auszuschließen. Die Bürger haben einfach zu wenig Zeit, um sich zu kümmern. Zeit erkämpfen für öffentliche Angelegenheiten heißt Entfremdung aufheben.

Fortsetzung folgt

Die Artikelserie »Karl Marx im 21. Jahrhundert« erschien zuerst in der Online-zeitung »Artikel Eins« (www.artikel-eins.com) ab Ausgabe 6/2008 vom 15.3.2008.

Baumschau mit gravierenden Fehlern

In der Allee Britz-Golzow sollen aus Gründen der Verkehrssicherheit 30 Linden wegen gefährlichem Pilzbefall gefällt werden. Jetzt stellten Gutachter fest, daß der fragliche Pilz in den Bäumen der Allee überhaupt nicht vorkommt.

Britz/Golzow (bbp). Im Landkreis Barnim gibt es 654 Kilometer Straßen mit Alleen. Die Kontrolle und Begutachtung der Alleen liegt in der Zuständigkeit des Landkreises als untere Naturschutzbehörde (UNB). Strukturell gehört dieses Sachgebiet zum Bauordnungsamt. An etwa 200 Tagen im Jahr ist der für Baumschauen zuständige Mitarbeiter Peter Blankenburg auf den Barnimer Straßen unterwegs. Blankenburg gilt als guter Fachmann.

Im Falle der Allee zwischen Britz und Golzow gibt es dazu Widerspruch. Als Ergebnis der diesjährigen Baumschau sollen dort 30 Linden wegen Pilzbefalls gefällt werden. Dr. Andreas Steiner von der Grünen Liga hat am 24. Oktober gemeinsam mit dem Biologen und Experten für holzersetzende Pilze Georg Möller aus Berlin die zur Fällung gekennzeichneten Bäume untersucht. Die beiden kamen zu einem erstaunlichen Ergebnis.

»Bei einer geräteunabhängigen, rein visuellen Baumschau kann in der Lindenallee Britz-Golzow lediglich bei 3 der zur Fällung markierten Bäume eine gravierende Beeinträchtigung der Standsicherheit angenommen werden... Sehr auffallend ist das fast vollständige Fehlen frischer und eingetrockneter Fruchtkörper von Holzpilzen aller Art. Das Fehlen von Pilzfruchtkörpern, dazu noch in der herbstlichen Hauptfruktifikationszeit statisch wichtiger Arten, beweist einen vergleichsweise

günstigen Vitalitätszustand der Bäume.

Der amtlicherseits als Verursacher von Baum Schäden angeführte Spaltblättling konnte an keinem einzigen der stehenden Bäume gefunden werden!«

Gefunden haben die beiden den Spaltblättling lediglich an abgeschnittenem Astholz, das im Straßengraben deponiert war und aus der üblichen Totastentnahme bzw. aus Maßnahmen der Kronenpflege stammte. »Der Spaltblättling ist ein wärme- und trockenheitsliebender Saprophyt, der nur definitiv totes Holz besiedelt in der Anfangsphase der pilzvermittelten Abbausukzession. Der Pilz ist definitiv kein aggressiver Holzersetzer.« Als Ursache statischer Probleme lebender Linden kommt dieser Pilz daher nicht in Frage.

»In statischer Hinsicht erheblich bedeutsamere Arten ... waren am 24.10.2008 nicht aufzufinden, nicht einmal in Form eingetrockneter Fruchtkörper.« Nur ein geringer Teil der Bäume zeige auf-



Dieser Baum soll trotz starker Schäden bleiben.

fälliger Totastenteile in den Kronen. Bei der Begehung fielen jedoch mindestens zwei Bäume auf, die durch tiefe Ausfaltungen im Stammfuß einer nennenswerten bis erheblichen statischen Schwächung unterliegen. Diese Bäume wurden von den amtlichen Gutachtern der Unteren Naturschutzbehörde Barnim weder zur Fällung, noch zur Beobachtung (roter Punkt) markiert. »Das Übersehen wirklich verkehrsgefährdender Bäume in Verbindung mit den anderen Kritikpunkten belegt die Willkürlichkeit und die tiefgreifenden fachlichen Defizite der amtlichen Baumschau.«

Die beiden Gutachter kommen zu dem Schluß: »In der Allee Britz-Golzow ist bis auf maximal 5 Bäume (3 zur Fällung ausgezeichnete und 2 noch nicht markierte) zur Zeit keine Gefahr in Verzug. Daher kann die vorgesehene Fällung von 30 Bäumen gefahrlos ausgesetzt und mit der Beauftragung seriöser Fachgutachten begonnen werden.«

Nach diesen »neuen, erschreckenden Erkenntnissen« müsse über die weitere Vorgehensweise der Baumschauen in den Alleen im Landkreis Barnim – und darüber hinaus – neu diskutiert und verhandelt werden.

Die Untere Naturschutzbehörde hat inzwischen reagiert. Anfang November will sie mit allen Beteiligten über die weitere Verfahrensweise beraten.

Hartz IV - ökonomisch betrachtet

Die Spezies der Ökonomen war in der kratischen Replik nicht nur in Massen vertreten – im Gegensatz zu Bananen und Räucheraal –, sie waren auch ob ihrer ungestümen Entscheidungen neben den Genossen der VP Objekt zahlloser Witze. Was passiert, wenn Ökonomen die Sahara verwalten? Wir erinnern uns...

Heute weiß man, daß die Leute einfach überflüssig waren. Und doch – es gibt noch welche, Zumindest zwei Exemplare existieren in Chemnitz. Sie arbeiten an der dortigen TU, nennen sich Wissenschaftler, gehören zu den Bestverdienenden und heißen Christian Fischer und Friedrich Thießen. Auf der Suche nach Sozialschmarotzern wurden sie nicht etwa im Hause Ackermann oder in der Neuruppiner Sparkasse fündig, sondern beim präsensenden Hartz IV-Gesindel.

Sie legten ihre Ökonomenfinger auf jeden Posten Stütze und errechneten, daß die Unsumme von 351 Euro (Monatsregelsatz Hartz IV) eine Unverschämtheit sei. Sie sei zu hoch!

Mit 132 Euro sei der Hartz IV gut bedient. Der Betrag dürfte etwa mit dem identisch sein, den das Duo Fischer/Thießen an einem Vormittag einstreicht. Nebenbei bemerkt, wir wollen ja keine Neiddiskussion anzetteln. Um die unüberbietbare Unverschämtheit ihrer Berech-

nungen zu »untersetzen«, haben die Chemnitzer Ökieten alles fein und akribisch aufgeschlüsselt. Täglich darf der erwachsene Hartzler 43,3 Gramm Fisch schlucken, was 0,12 Euro entspricht. Abgesehen von der mächtig gewaltigen Menge – eine größere Sprotte bringt schon das Doppelte auf die Goldwaage –; die dreisten Zwei manipulieren auch die Preisangaben, wo in Deutschland wird Fisch zum Kilopreis von knappen drei Euro verkauft? Oder Wurst (Tagessatz 60 Gramm ist gleich 0,23 Euro) in Kilomenge für runde vier Euro? Den lebensfremden Experten wird doch nicht etwa eine HO- oder Konsumpreisliste untergeschoben worden sein? Wenn für die zugestandenen 53,3 Gramm Fleisch 0,24 Euro in Rechnung gestellt werden, dann suggeriert dies einen »Durchschnittspreis« von reichlich vier Euro/kg. Dafür gibt es allenfalls Gammelfleisch, Tut nichts, wer ohnehin gammelt, soll auch des Kotzen kriegen.

Man kennt solche Futterpläne aus Haftanstalten, Diätkliniken und aus der Zootierhaltung. Bei letzterer geht es um artgerechte Tierernährung – für einen Pavian kalkuliert z.B. der Hamburger Tierpark mehr ein als den Hartz IV-Satz nach Chemnitzer Rechnung, weit mehr. Für Zoobesuche sieht die famose Studie übrigens keinen Heller vor, offenbar will

man die Hartzis nicht den arroganten Blicken der Affen aussetzen.

Zugegeben, notfalls kann man auch ohne Tieregucken auskommen und dafür ins Theater, in ein Konzert, ins Kino gehen oder ins Spaßbad oder ins Museum oder – wem's gefällt – zum Forstfasching. Man kann, wenn man kann. Denn monatlich werden den Präkariern Gelder in Höhe von einem Euro für Kultur zugebilligt; zweckgebunden für den Besuch einer Bibliothek. Allerdings darf auch für eine Theaterkarte angespart werden, was bedeutet, daß zumindest anderthalb Jahre die Bücherei gemieden werden muß. Eine »Hörplatzkarte« (Stehplatz ohne Bühnensicht) kostet in der Semperoper 18 Euro.

Den Bedarf an Einrichtungsgegenständen haben die Örschlöcher aus dem Vorerzgebirge auf das Idealniveau von Null gesetzt, Möbel nämlich solle man sich gefälligst schenken lassen... Nun muß man ja nicht gleich nach der RAF schreien – dies ist ein freies Land, und ein jeder darf berechnen, wie er will. Wenn da nicht das Ding mit der Würde wär, der unantastbaren. Antasten erlaubt das Grundgesetz nicht. Doch getrampelt werden darf, jedenfalls in Chemnitz.

Ukraine – Berlin 1918:

Fiasko eines deutschen Abenteuers (2)

Washington, Berlin und Brüssel versuchen derzeit, durch »bunte Revolutionen« und willige Marionetten Georgien und die Ukraine in die Hand zu bekommen. Diese Politik führt in einen Konflikt mit Rußland. Erstmals standen 1918, vor 90 Jahren, nach dem Brester »Frieden«, deutsche Truppen in der Ukraine und im Kaukasus. Es ging um Getreide, kaukasisches Öl, georgisches Mangan. In der Ukraine brachten die Besatzer und ihre Helfer – die »Regierung« des Hetmans Skoropadskij – durch Beseitigung der Agrarreform und gewaltsame Requisitionen umgehend die Masse der ukrainischen Bauern gegen sich auf.

Im Juli 1918 brach die Krise aus. In Moskau putschten die linken Sozialrevolutionäre, die sich wegen Brest-Litowsk aus der Sowjetregierung zurückgezogen hatten. Provokationen sollten den »revolutionären Krieg« gegen die Deutschen erzwingen. Der deutsche Botschafter Graf Mirbach wurde erschossen. In Kiew ermordete ein Terrorist den Oberbefehlshaber von Eichhorn. Mehrere Wochen streikten die Eisenbahner gegen die Ausplünderung des Landes. Schon im Juni begannen die Bauern den Partisanenkrieg, so die anarchistische Machno-Bewegung (vgl. BBP 11 u. 12/1999): »In Flammen gingen die Gutshöfe auf. In Flammen gingen die Getreideschober in den Steppen auf. Partisanentrupps unternahmen dreiste Überfälle auf Dampfer und Frachtkähne mit Getreide, das nach Deutschland ausgeführt wurde ... Die österreichischen und deutschen Truppen erhielten Befehl, die Ordnung wieder herzustellen. Hunderte von Strafexpeditionen durchzogen das Land.«¹ Die gingen mit größter Brutalität vor. Abbrennen ganzer Dörfer, Massenerschießungen, Galgen-«Alleen» waren an der Tagesordnung.² General Groener, Stabschef der Heeresgruppe Kiew, bekannte später freimütig: »Es war uns nicht zu verübeln, daß wir das Vorgehen der Österreicher bevorzugten, die das Getreide ohne weiteres Verhandeln requirierten und damit weiterkamen als wir...« Kam man damit »weiter«? Denn: »Zu bedenken war bei diesem Feldzug in erster Linie die geringe Truppenzahl, die für eine regelrechte Besetzung und Entwaffnung des Landes viel zu niedrig war.«³ So bekam der Partisanenkrieg Nahrung, kleinere deutsche Einheiten wurden schon mal entwaffnet oder gar vernichtet. »Unsere Verluste im Kleinkrieg sind sehr schwer, und die Kühnheit dieser bäuerlichen Plünderer und anderer irregulärer Kräfte wächst von Tag zu Tag,« so Vizekanzler Helfferich vor einem Reichstagsauschuß.²

Im August – die Besatzungsarmee war schon tief im Kleinkrieg verstrickt – begann in Frankreich die Offensive der Westmächte. Der Durchbruch der deutschen Front am »schwarzen« 8. August eröffnete die Serie der Rückzüge. Ende September – Revolution in Bulgarien, Krise in Österreich – gab Ludendorff den Krieg verloren und verlangte ein sofortiges Waffenstillstandsangebot an US-Präsident Wilson. Im Osten konnte von hochfliegenden Plänen, von deutscher Siedlerkolonie Krim, »südrussischer Bund« (Ukraine, Dongebiet, Georgien!), nicht mehr die Rede sein.³ Ende Oktober verließ

Natürlich wirkte sich die Lage der Westfront auch in der Ukraine aus. Die Besatzer verloren jegliche Autorität. Petljuras Truppen rückten in Kiew ein, und zwangen Skoropadskij zum Rücktritt. Die Deutschen hatten Mühe, die sich auflösende Besatzungsarmee noch halbwegs geordnet nach Deutschland zurückzuführen.

Halbwegs geordnet? Groener: »Die Truppen [in] der Ukraine wie fast des gesamten Ostens wurden für den Westen untauglich... Daß sie allerdings in der Ukraine den Gehorsam verweigern würden, hielt ich noch im Oktober für unmöglich.«³ Aber die Leute sollten ja an die Westfront! »Am 29. September entwaffnete an der Güterstation Kiew ein deutscher Militärtransport seine Offiziere, indem sie ihnen die Achselstücke herunterrissen, 12 Offiziere wurden ermordet. Gegen die Aufständischen wurden Streitkräfte eingesetzt, die Rebellen wurden mit Maschinengewehren zusammengeschoßen.« Ähnliche Meutereien in Charkow (2.000 Mann), Odessa, Schepetowka, Rowno, Orscha, Luzk, Fastowo... »Geordnet« verlief z.B. im Dezember der Rückzug des 106. Regiments. Dessen Soldatenrat traf ein Abkommen mit den roten Truppen. Sowjetkommandeur Schtschors; »Wir lassen die Deutschen in Ruhe, geben ihnen die Möglichkeit fortzuziehen... Sie verpflichten sich ihrerseits... auf dem Rückmarsch alle Brücken, Telegrafene- und Telefonlinien völlig unbeschädigt zurückzulassen.«⁴

Das »Verdienst« am »geordneten Rückzug« schrieb Groener seinen Mitarbeitern, ein »gewisser Oberleutnant Meißner« aber sich selbst zu. Dazu liest man bei Ernst von Salomon: In Kiew ging alles wild durcheinander. Der Militär-Gouverneur war schon abgereist, Polen und Bolschewiken strebten nach dem Besitz der Ukraine...

Überall fochten Banden und Partisanenabteilungen der verschiedenen Couleuren, und dazwischen saßen die kleinen deutschen Abteilungen verstreut im weiten Lande, die keinen anderen Wunsch hatten, als nach Hause zu kommen!... Und Meißner sagte: »Ich hatte mir einen Panzerzug reserviert, der meinen Stab und die letzten Sicherungstruppen aufnehmen sollte... Ich mußte mich noch von Petljura verabschieden und machte mich allein auf den Weg. Ich war der letzte Deutsche in der Stadt.« Meißner sagte, er habe mit Petljura gut zusammengearbeitet. Petljura wußte, was er der Anwesenheit der deutschen Truppen in der Stadt zu verdanken hatte, er war sehr unglücklich, daß wir abzogen... Meißner ... meinte schließlich, nun sei gar nichts mehr zu besprechen – außer der Frage der Bezahlung des deutschen Eigentums in der Ukraine. Petljura begriff nicht: »Wieso?« Meißner sagte gemächlich: Nun, die Bahnanlagen, Schienen, Schwellen, Telegraphenstangen, Brücken, Bahnhöfe... das sei doch deutsches Eigentum. »Aber das können Sie doch gar nicht mitnehmen!« rief Petljura. »Nein«, sagte Meißner, »mitnehmen nicht, aber zerstören!« Petljura erschrak: »Dann bin ich verloren!« In der Tat, ohne die einzigen noch funktionierenden Kommunikationen in dem riesigen, von Banden bedrohten Gebiet war er verloren. »Bezahlen!« sagte Meißner. »Aber ich habe doch gar kein Geld –« »Quittieren!« sagte Meißner. Und Petljura quittierte. Er quittierte Schienen und Schwellen und Brücken und Telegraphenstangen und Bahnhöfe und kaputte Waggons. Meißner hatte die Unterlagen bei sich, und Petljura quittierte.⁵ Meißners Quittungen wurden später mit den Alliierten gegen die deutschen Reparationsaufgaben verrechnet. Wenn die Darstellung stimmt, dann war dieser Abschluß des Ukraineabenteuers schlicht ein erpresserisches Gaunerstück.



Von links: Russische Briefmarke der Vorkriegszeit mit Zarenadler - Markenprovisorium der Ukrainischen Volksrepublik mit Wappenaufdruck - Markenprovisorium von Batumi unter Militärverwaltung.

2. Odessa

Im März 1918 trafen Österreicher aus Galizien, deutsche Truppen aus Rumänien in Odessa ein. Die Stadt wurde Sitz des k. u. k. Kommandos, die Gouvernements Podolien, Cherson, Jekaterinoslaw (Dnjepropetrowsk) dessen »Interessengebiet.«

Im ungeheuren Chaos des Kriegsendes, das Mittel- und Osteuropa erfüllte, bewegten sich einige Menschen, deren Schicksale mir vertraut sind. In Odessa war das die Familie Banner, die später mit meinem Vater in Berührung kam. Nach dem Tod meiner Eltern gerieten mir einige Gegenstände in die Hände, die von der Tochter Nanni Banner geblieben waren, und ich versuchte, mehr über die Geschichte der Familie zu erfahren. Wenige Fakten sind sicher belegt, vieles ist nur auf Grund von Indizien zu vermuten. Nanni Banner, Nuschka genannt, wurde 1898 in Memel geboren. Ihr Vater war Musiklehrer, die Mutter Erzieherin. Die Familie ist vor Kriegsbeginn 1914, wohl bald nach Nuschkas Geburt, nach Rußland ausgewandert. Mehrere zwischen 1909 und 1913 geprägte Kopekenstücke erinnern daran, eine Münze der deutschen Militärverwaltung von 1916 spricht für zeitweilige Berührung mit deren Machtbereich (vgl. Bild in Teil 1). Nuschka hat wohl in Odessa die Schule besucht. Eine zweisprachige, vom Direktor einer Odessaer Schule verfaßte deutsche Grammatik stammt aus dieser Zeit. Die große Zahl deutscher Siedler in der Umgebung der südrussischen Hafenstadt wurde schon erwähnt. Auch in der Stadt lebten viele Deutsche. Nach Tanja Penter betrug ihre Zahl 1897 über zehntausend (2,5% der Einwohner). Die Einwohnerzahl der Stadt stieg zwischen 1897 und 1914 von knapp 404.000 auf über 669.000. Ein Teil der deutschen Zuwanderer kam wie die Banners aus den baltischen Gebieten, darunter »viele akademisch Gebildete, insbesondere Lehrer, Erzieher und Ärzte, aber auch Kaufleute...«⁶ Ein Drittel der Odessaer Deutschen galt als Fremde ohne russische Staatsbürgerschaft. Vermutlich ist die Familie gezielt nach Odessa gegangen, wo die Bedingungen für Zuwanderer besonders günstig waren.

Im Lauf des Krieges änderte sich das allerdings bald. Die Kriegsjahre brachten Inflation, Mangel, Schwarzmarkt und Spekulation, ausufernde Kriminalität und eine krasse soziale Spaltung der Gesellschaft. Darunter litten besonders die nicht mit der Kriegswirtschaft verbundenen Bevölkerungsschichten, zu denen die Banners gehörten. Nach Kriegsbeginn wurden deutsche Sprache und deutscher Sprachunterricht in Rußland verboten, deutscher Großbesitz enteignet, ein Teil der Deutschen ins Hinterland umgesiedelt – da war Nuschka sechzehn. Nach der Februarrevolution 1917 erschienen wieder deutschsprachige Presseorgane in Odessa. Die Mächte wechselten dort oft und schnell. Im Januar 1918 gelang mit Hilfe der Geschütze der Schwarzmeerflotte ein Aufstand der Bolschewiki. Die ukrainischen

Hajdamakentruppen der Zentralrada wurden vertrieben. In der multiethnischen Stadt mit überwiegend russischer und jüdischer Einwohnerschaft hatte die engstirnig-nationalistische Ukrainisierungspolitik der Rada wenig Sympathie genossen. Die Sowjetrepublik Odessa mußte im März 1918 den österreichischen Truppen weichen. Doch im Oktober begann die Revolution in der Doppelmonarchie, der Vielvölkerstaat brach auseinander. Die österreichisch-ungarischen Truppen strömten spontan in ihre Heimatländer zurück. Schon vorher hatten die entlassenen deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen den gleichen Weg genommen. Mit dem Abkommen von Brest-Litowsk, das diese Freilassung vorschrieb, hatten die Vertreter der Mittelmächte ironischerweise selbst für die Infektion ihrer Länder mit dem Virus der »russischen Krankheit« gesorgt. Entsetzt berichtete Skoropadskij von einer Eisenbahnfahrt: »Es führen österreichische Kriegsgefangene mit uns... Sie sprachen alle ausgezeichnet russisch. Die reinsten Bolschewiki... Dann ging ich in ein anderes Abteil, in dem Ungarn saßen. Die stellten sich hinsichtlich ihrer politischen Überzeugungen auch nicht besser heraus.«⁷ Nach dem Zusammenbruch des Hetmanats kehrte zunächst die Radaverwaltung nach Odessa zurück. Im Dezember erschienen alliierte Kriegsschiffe mit französischen Truppen im Hafen. Das letzte deutsche Militär wurde im Januar per Schiff evakuiert.

Diesem fortgesetzten Chaos suchten die Banners zu entkommen. Zwischen April und Januar 1918 – Eintreffen und Abzug der deutschen und österreichischen Truppen in der Stadt – hatte sich für die Deutschen in Odessa ein Zeitfenster geöffnet. Die Rückkehr nach Deutschland wurde möglich. Vorher blockierte die Front, danach erschwerten Wirren und Ententetruppen eine solche Reise. In dieser Zeit haben sich die Banners nach Deutschland durchgeschlagen, unbekannt, wie. Offenbar haben sie Odessa eher spät verlassen und sind Ende 1918 oder Anfang 1919 in Berlin angelangt. Sie wohnten jedenfalls 1919 in Berlin, doch das jeweils im Vorjahr gedruckte Berliner Adreßbuch verzeichnete sie erst 1920. Da ist bereits von der Witwe Banner die Rede. Der Vater war in Berlin verstorben, wohl als Folge der Kriegsumstände, der Reisestrapazen oder der Seuchen.

ROLF RICHTER,
Bündnis für den Frieden Eberswaode

Anmerkungen

- (1) TOLSTOI, A., Das Jahr Achtzehn, a.a.O. siehe Teil 1.
- (2) NORDEN, Albert, Zwischen Berlin und Moskau. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Berlin 1954; THOMAS, J. (Hrsg.), Illustrierte Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland 1917-1921. Berlin 1929.
- (3) GROENER, Wilhelm, Lebenserinnerungen. Jugend Generalstab Weltkrieg. Göttingen 1957.
- (4) GUK, S., Intervention, a.a.O.
- (5) SALOMON, Ernst v., Der Fragebogen. Reinbek bei Hamburg, 1991
- (6) PENTER, Tanja, Odessa 1917, a.a.O.
- (7) SKOROPADSKYJ, P., Erinnerungen, a.a.O.

»Barnimer Weg«

Ein Barnimer Weg für einen sozial gerechten, demokratischen und wirtschaftlich starken Barnim ist weiterhin möglich. Als stärkste Fraktion im Kreistag Barnim schlägt DIE LINKE allen demokratischen Parteien die Fortsetzung des Barnimer Weges vor, der gekennzeichnet ist vom demokratischen kritischen Miteinander für eine nachhaltige Entwicklung des Landkreises Barnim. Eine solidarische und soziale Gemeinschaft und demokratische Mitgestaltung stehen dabei im Mittelpunkt. Um dies zu erreichen stehen wir für:

1. eine nachhaltige, wirtschaftliche Entwicklung, die Arbeit schafft und sichert, von der man selbstbestimmt leben kann;
2. eine wirtschaftliche Entwicklung und einen verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Geldern und Ressourcen;
3. eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung in unseren Gemeinden;
4. eine Stärkung der ortsansässigen klein- und mittelständischen sowie kommunalen Unternehmen, wie unserer Barnimer Busgesellschaft und die GLG, Gesellschaft für Leben und Gesundheit und die Rekommunalisierung der GAB-Gesellschaft für Abfallwirtschaft;
5. die Gestaltung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Barnimer Gemeinden;
6. ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Generationen und Menschen ungeachtet ihrer Herkunft, Weltanschauung, sexueller Identität, von Menschen mit und ohne Behinderung;
7. eine bürgernahe und moderne Verwaltung, die Bürgerinnen und Bürger in kommunalpolitische Diskussions- und Entscheidungsprozesse stärker einbezieht;
8. Verwaltungen und kommunale Vertretungen, die ihre Arbeit transparenter und bürgernah gestalten;
9. eine Landwirtschafts- und Umweltpolitik, die einen gemeinsamen Nutzungsansatz für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft in den Mittelpunkt stellt.

Die Fortsetzung des Barnimer Weges ist möglich, wenn sich alle politischen Parteien für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen hier und in Land und Bund stark machen.

Die Fortsetzung des Barnimer Weges ist möglich, wenn parteipolitische Egoismen zurückgestellt werden können.

Die Fortsetzung des Barnimer Weges ist möglich, wenn wir in Verantwortung für eine tatsächlich nachhaltige Gestaltung unserer Region und in Verantwortung kommender Generationen Entscheidungen treffen.

Eine Zusammenarbeit mit der DVU schließen wir aus.

In diesem Sinne bietet DIE LINKE den im Kreistag vertretenen demokratischen Parteien und Wählervereinigungen sowie den Bürgerinnen und Bürgern Gespräche zur weiteren Gestaltung und Entwicklung des Landkreises an.

MARGITTA MÄCHTIG, Fraktionsvorsitzende
der LINKEN im Kreistag Barnim

In den frühen Morgenstunden des 9. November 1918 erreichte die Nachricht von der Revolution in Berlin auch Eberswalde. Überbracht vom roten Matrosen Walter Simson. Und bereits am Sonntag den 10. November wurde ein provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat mit zehn Mitgliedern gebildet. Zunächst waren es Bruno Dräger, Otto Müller, Leo Motczall, Karl Bach und Franz Heinrich, die die Arbeiterschaft vertraten, ergänzt durch die Soldaten Richter, Borkowski, Nelke, Sorge und Plath. Bald wurde die Zusammensetzung des Rates geändert und erweitert. Der Gewerkschaftsfunktionär Ulm übernahm den Vorsitz.

»Der Rat besteht aus den Delegierten der Arbeiter, Angestellten und Soldaten«, ist im Sitzungsprotokoll des Rates vom 20. November 1918 zu lesen. »Die Aufgabe des Rates besteht darin, die in der Revolution erlangten Rechte im Interesse der Arbeiterschaft zu sichern und an ihrer Fortentwicklung zu arbeiten.«

Und in der »Eberswalder Zeitung« vom 12.11.1918 heißt es zu den Ereignissen vom 10. und 11. November: »Die welthistorische Bedeutung der Einführung der sozialistischen Revolution ist auch in Eberswalde zur Tatsache geworden. Nachdem in einer am Sonntagabend stattgefundenen Sitzung der Vereinigten Gewerkschaftsvorstände ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet worden war, wurden die aufzustellenden Forderungen der neuen Regierung auch für unseren Ort beschlossen zur Durchführung zu bringen. In den frühen Morgenstunden ... wurden diese Beschlüsse dann in die Tat umgesetzt. Vom Arbeiter- und Soldatenrat wurde verfügt, daß in allen industriellen Betrieben von Eberswalde und nächster Umgebung von 9.00 Uhr ab die Arbeit zu ruhen habe, welchem Ersuchen die Arbeiterschaft vollzählig nachgekommen ist.«

Der breiten Widerhall der Revolution zeigt sich in der Demonstration der Arbeiter sowohl der Eberswalder als auch der anderen Betriebe des Finowtales am 11. November. Die Demonstration endete auf dem Eberswalder Marktplatz mit einer »Kundgebung der Eberswalder Bevölkerung für die neue Regierung«.

Karl Engels, damals in den Ardeltwerken beschäftigt, berichtet: »Am 11. November 1918 schaltete ich frühmorgens den Ausschalthebel am Hauptschalter des Werkes aus. Durch diese Maßnahme wurden in der gesamten Granatendreherei die Maschinen stillgelegt. ... (Danach) kamen die Arbeiter innerhalb weniger Minuten zusammen. ... Nach der Versammlung gingen die Arbeiter vor das Werktor, um zur Stadt zu marschieren.«

Und Otto Flügge, damals Arbeiter in der Eisenbahnhauptwerkstatt, schildert den Ausbruch der Revolution wie folgt: »Von den Ardeltwerken aus bewegte sich ein riesiger Demonstrationzug in Richtung Marktplatz. Vor der Eisenbahnhauptwerkstatt sollte der Demonstrationzug halten und die Arbeiter der Werkstätten aufnehmen. Wir hatten alles vorbereitet. Ich persönlich rannte noch im letzten Moment in die Schmiede, schaltete die Maschinen aus und rief: 'Es ist soweit, wir demonstrieren!'«

Vor 90 Jahren:

Revolution in Eberswalde (1)

von Udo und Gerd Markmann

Spätestens seit August 1918 war klar, das deutsche Kaiserreich würde den vier Jahre zuvor entfachten Weltkrieg verlieren. Waffenstillstandsverhandlungen wurden aufgenommen und rechte Sozialdemokraten in die Regierung geholt mit dem ausdrücklichen Ziel, eine Revolution zu verhindern.

Doch dazu war es zu spät. Anfang November brach in Kiel der Sturm los und breitete sich binnen weniger Tage über ganz Deutschland aus. Am 9. November war die Revolution in der Hauptstadt Berlin angelangt. Der Kaiser dankte ab.

Auch der national gesinnte bürgerliche Chronist Rudolf Schmidt konnte an den Ereignissen des November 1918 nicht vorbei. In seiner Chronik der Stadt Eberswalde schrieb er: »Im November kam der Zusammenbruch. Es hatte sich auch hier ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, der am 11. November folgende Bekanntmachung erließ: 'Der Arbeiter- und Soldatenrat erwartet, daß ein jeder, der will, daß auch weiterhin Ruhe und Ordnung herrschen soll, alle Waffen, die sich in seinem Besitz befinden, freiwillig bis morgen mittag 12 Uhr beim Waffenkommissar im Restaurant Rohde abgibt. Wird dem Arbeiter- und Soldatenrat nach dieser Frist gemeldet, daß noch jemand im Besitz von Waffen ist, so wird der Arbeiter- und Soldatenrat diese Waffen bis zum Eintritt ruhigerer Zeiten in Verwahrung nehmen und gegen die Besitzer der Waffen einschreiten.'«

Die Werkstätigen hatten im November 1918 im Finowtal die reale Macht in ihren Händen. Der Fabrikbesitzer und Kriegsgewinnler Robert Ardelt und der Leiter der Eisenbahnwerkstätten Geheimrat Krause waren bei der großen Demonstration am 11. November gezwungen worden, an der Spitze des Demonstrationzugs mitzumarschieren. Räte bildeten sich auch in anderen Orten der Region. So z.B. der Arbeiter- und Soldatenrat in Heegermühle (heu-

te Finow), der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat in Tornow und der Arbeiter- und Bauernrat in Friedrichswalde.

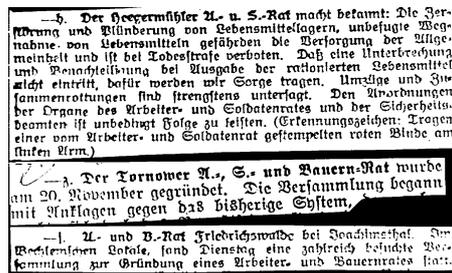
Unmittelbar nach seiner Bildung ging der Eberswalder Arbeiter- und Soldatenrat daran, die dringendsten Probleme zu lösen und das öffentliche Leben in Eberswalde zu organisieren.

**Bekanntmachung.
Bürger und Soldaten!
Vergreift euch nicht an fremdem Eigentum. Bewahrt Ruhe und Ordnung. Waffen**

Bereits am 13. November verhandelte der Rat mit den Großindustriellen des Finowtales, um den Achtstundentag zu erreichen. Als der Rat am 18. November davon erfuhr, daß in der 7,5-cm-Presserei der Ardeltwerke auch eine Woche nach Kriegsende immer noch Granaten gedreht wurden, als sei nichts geschehen, sorgte er sofort für die Einstellung der Rüstungsproduktion in den Ardeltwerken.

Am 20. November beschloß der Rat die Bildung eines provisorischen Lebensmittelamtes und eines Arbeitsamtes. »Zum Schutz von Leben und Eigentum wird ein Standgericht gebildet, das aus Delegierten des Arbeiter- und Soldatenrates zusammengesetzt wird.«

Quellen:
KEMPFER, DIETER: »Die Novemberrevolution im Roten Finowtal«, Barnimer Bürgerpost 12/1998
SCHMIDT, RUDOLF: »Geschichte der Stadt Eberswalde« (Band 2), 2. Auflage, Eberswalde 1994
SCHOLZE, KARLHEINZ: »Die Ardelt's - Die Geschichte vom Aufstieg und vom Untergang der Ardeltwerke GmbH in Eberswalde von 1902 bis 1945 (Teil I)«, in: Eberswalder Jahrbuch für Heimat-, Kultur- und Naturgeschichte 1998/99, Verein für Heimatkunde zu Eberswalde e.V., Eberswalde 1998
Dr. SEFKOW, WERNER: »Zum 70. Jahrestag der Novemberrevolution und zum 70. Jahrestag der Gründung der KPD«, Eberswalde 1988



Vorschläge für Ehrung gefragt

Auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft Ehrenamt bei der Stadt Eberswalde soll die StVV auch in diesem Jahr wieder herausragendes bürgerschaftliches Engagement der Mitbürger unserer Stadt würdigen. Alle Bürger unserer Stadt sind aufgerufen, an die Stadtverwaltung besondere Leistungen, sei es von Einzelpersonen, Vereinen oder Unternehmern, zu melden.

Die AG Ehrenamt ist angewiesen auf Ihr Wissen, um die Aktivitäten in unserer Stadt.

Sie möchte diese besonderen Leistungen unserer Mitbürger allen bekannt geben und die Besten dann in einer würdigen Festveranstaltung ehren. Meldeschluß (Vorschläge bitte mit Begründung) ist der 15.12.2008.

ECKHARD SCHUBERT, Leiter AG Ehrenamt Vorschläge an: Stadtverwaltung Eberswalde, Frau Barbara Ebert, Beauftragte für soziale Angelegenheiten einschließlich Behindertenangelegenheiten, Breite Straße 41-44, 03334/64-501 oder per e-Mail: b.ebert@eberswalde.de

Mit Mathematik Geld verdienen

Kann man mit der Mathematik Geld verdienen? Ja, man kann.

Die Mathematik wird üblicherweise als eine abstrakte Disziplin angesehen in der aufgrund logischer Schlüsse Modelle für die Widerspiegelung von Realitäten entwickelt werden. Das zeigen einige, bisher schon im Rahmen des »Jahres der Mathematik« erschienenen Arbeiten in der Barnimer Bürgerpost.

Betriebliche Herstellungs- und Dienstleistungsprozesse sind auch Realitäten, die mit dem Ziel der Optimierung und Weiterentwicklung von Produkten und den Prozessen zu deren Herstellung in Modelle abgebildet werden können. Man kann sogar noch weitergehen und sagen, daß es in jedem Unternehmen Probleme bei den Herstellungs- und Dienstleistungsprozessen, deren Zusammenspiel im Netzwerk aller Prozeß und im zeitlichen Ablauf gibt, die gelöst werden müssen, da ansonsten die entstehenden Verluste das betriebliche Ergebnis stark beeinflussen können.

Das bestätigt die obige Aussage, daß die Unternehmen durch die Lösung betrieblicher Probleme Geld, sogar viel Geld verdienen können. Die Entwickler und Anwender der mathematischen Methoden zur Lösung betrieblicher Probleme erhalten hierfür Honorare, d.h. sie verdienen dadurch auch Geld.

Die mathematische Statistik verfügt über zahlreiche Methoden zur Lösung betrieblicher Probleme. Hierzu gehören unter anderem – die Strukturierung eines Unternehmens in ein Netzwerk von Herstellungs- und Dienstleistungsprozessen, wobei ein Prozeß durch die Abbildung 1 charakterisiert wird

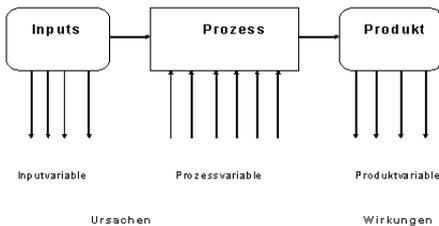


Abb. 1 : Prozeßdarstellung

– die Verbesserung der Kommunikation zwischen den Prozessen untereinander und zwischen Mensch und Prozeß durch

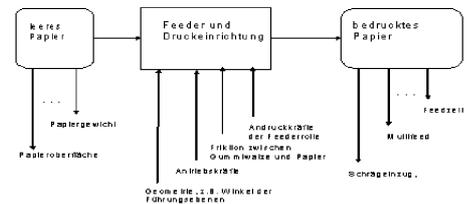
1. die Zusammenstellung der Kundenanforderungen zu einem Kundenanforderungsprofil,
 2. die Datengewinnung für die Produktvariablen,
 3. die Spezifizierung der relevanten Kundenanforderungen durch Sollwerte und Toleranzgrenzen für die Produkte, die durch mehr als eine Produktvariable beschrieben werden und miteinander korreliert sind,
 4. die Steuerung eines Prozesses so, daß die Kundenanforderungen durch das hergestellte Produkt oder die Dienstleistung simultan erfüllt werden.
 5. den Nachweis der Erfüllung aller Kundenanforderungen durch Prozeßfähigkeitsindizes und gleichzeitig die Quantifizierung der Qualität.
 6. die aufgrund der Prozeßfähigkeitsindizes zu treffenden Entscheidungen für die Prozeßverbesserung, falls die Streuungen für die Produktvariablen zu groß sind, oder für die Justierung des Prozesses, falls die Mittelwerte von den Sollwerten abweichen oder für die Kontrolle des Prozesses, falls die Einstellungen stimmen.
- Die Auswahl der wesentlichen Input-, Prozeß- und Produktvariablen, die für die Steuerung eines Prozesses unbedingt benötigt werden, d.h. überflüssige Variable sind zu streichen,
 - die Berechnung eines Maßes, daß die Beherrschbarkeit des Prozesses angibt.

Zur Demonstration soll das konkrete Beispiel dienen.

Problem: In jedem Drucker oder Kopierer muß das zu beschreibende Papier aus einer definierten Ausgangslage in eine definierte Endlage an einer Druckeinrichtung vorbei transportiert werden. Die Geräte, die das leisten, heißen Feeder. Eine Funktionsskizze ist in der Abbildung 2 zu sehen. Dabei muß eine vorgegebene Zeit eingehalten werden. Die Feedzeit wird häufig überschritten und die Fehlerwahrscheinlichkeit durch den Einzug mehrerer

Blätter auf einmal oder durch Schrägeinzug usw. ist zu groß. Die Entwicklungszeiten für neue Feeder sind zu lang.

Abb. 2: Funktionsskizze



Was ist zu tun? Die Problemlösung beruht auf der Übertragung des »technischen« Modell in ein mathematisches, das die Arbeitsweise eines Feeders erklärt. Hierfür müssen die Input-, Prozeß- und Produktvariablen durch ein Brainstorming erfaßt und dann einander zuordenbar gemessen werden. Da man die Daten in dem laufenden Prozeß des Feeders nicht messen kann, bedient man sich der Versuchsplanung – einer statistischen Disziplin, die ideal für die Messung von Variablen in solchen Situationen geeignet ist. Das hat außerdem den Vorteil, daß die Daten unter verschiedenen Arbeitsbedingungen des Feeders, wie stark schwankenden Temperaturen, Staubbelastung usw. gewonnen werden können.

Mit den Methoden der multivariaten Statistik zur Realisierung des Ursache-Wirkungs-Prinzips gewinnt man dann eine Feeder-gleichung zur Steuerung und Optimierung des Feeders und als Grundlage für die Weiterentwicklungen. Gleichzeitig wurden mit den entsprechenden Weiterentwicklungen der multivariaten statistischen Methoden die Variablen statistisch toleriert, um einerseits die Kundenanforderungen spezifizieren und deren Erfüllung nachweisen zu können und andererseits den Dialog mit den Lieferanten für die Feederkomponenten und Papierproduzenten konkretisieren zu können.

Diese Vorgehensweise führte zu einer bedeutsamen Reduzierung der Kosten und Erhöhung der Produktivität durch die Verringerung der Verluste, Verbesserung der Qualität und Erhöhung der Akzeptanz der Produkte auf dem globalisierten Markt.

Dr. WALTER JAHN

Montagsdemo: Die Wut wächst!

Herstdemonstration am 8. November

Die Wut wächst. Durch das Verhalten der Bundesregierung und verantwortungsloser Banker und Manager wird der soziale Frieden zunehmend gestört. Die Finanzkrise wirkt sich bereits auf die Autoindustrie aus. Es dauert nicht lange, und es gibt die ersten Arbeitslosen als Folge der sogenannten Finanzkrise. Diese werden dann wieder als Sozialschmarotzer bezeichnet, während die Schuldigen an der Krise und Arbeitslosigkeit weiter und mit Milliarden-geschenken auf unsere Kosten ihr Unwesen treiben. Lächerlich die Beschränkung der Managergehälter auf 500.000 Euro jährlich. Dies

entspricht einem Monatseinkommen von rund 41.700 EUR. Der durchschnittliche Hartz-IV Betroffene erhält Grundsicherung inklusive Unterkunft von ca. 650 EUR im Monat.

Wo sind die Milliarden für das Gesundheitswesen, für Bildung, für die Erhöhung der Renten, Arbeitslosengelder und Hartz IV. Wo sind die Milliarden für die Bekämpfung der Armut?

Es ist nicht verwunderlich, das Innenminister Schäuble & Co. die Bspitzelung und Überwachung der Bevölkerung weiter vorantreiben und die Bundeswehr im Inneren einsetzen möchten. Wer sozialen Unfrieden sät muß

sich nicht wundern, wenn sich immer mehr gegen diese Politik wehren.

Es gibt genug Gründe, an der 5. selbständig organisierten Demonstration der bundesweiten Montagsdemonstrationsbewegung gegen die Regierung am 8. November in Berlin teilzunehmen.

FRED SCHIRRMACHER

Auftakt der Demonstration ist um 11 Uhr auf dem Alexanderplatz. Die Schlußkundgebung findet ca. 14 Uhr auf dem Platz des 18. März am Brandenburger Tor statt.

Demonstrationsroute: Alexanderplatz – Karl-Liebknecht-Straße – Unter den Linden – Wilhelmstraße – Dorotheenstraße – Scheidemannstraße – Entlastungsstraße – Straße des 17. Juni.

Mehr Informationen unter www.bundesweite-montagsdemo.com

Anzeige

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Abgeordneten der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung haben das WählerInnenvotum vom 25. September und vom 12. Oktober bestätigt und mich in das Amt des Ortsvorstehers für das Brandenburgische Viertel berufen.

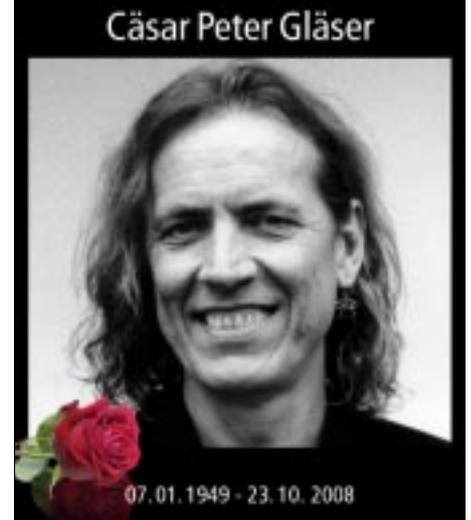
Auf diesem Wege möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich bei allen Wählerinnen und Wähler zu bedanken, die mir als Kandidaten der Partei DIE LINKE das große Vertrauen geschenkt haben und mir als Ortsvorsteher und Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde ihre Stimme gaben.

Dieses überzeugende Votum betrachte ich als Ansporn und Verpflichtung für eine bürgerfreundliche Interessenvertretung im Brandenburgischen Viertel.

Ihr
CARSTEN ZINN



Anzeige



8. WeihnachtsKUNSTmarkt

Eberswalder Kunstverein Die Mühle e.V.

Letztmalig »AUSSER HAUS« im Weinkontor in der Alten Ofenfabrik Eberswalde

2. Advent 2008, Sonntag, den 7. Dezember 2008 10 – 18 Uhr, 8. WeihnachtsKUNSTmarkt

Sie suchen noch ein individuelles, originelles, eben ein besonderes Weihnachtsgeschenk? Dann sollten Sie den Termin unbedingt vormerken und einen Besuch des traditionellen WeihnachtsKUNSTmarktes nicht versäumen!

Angeboten werden Arbeiten von 20 Vereinsmitgliedern und Gästen aus der Region.

CATRIN STERNBERG
und ANDREAS BOGDAIN

Moorgeister im Plagefenn

9. November 2008, Sonntag:
 Moorgeisterbegegnungen im Plagefenn.
 Rundwanderung entlang am ersten Naturschutzgebietes Brandenburgs, dem Plagefenn. Hier gibt es viel zu sehen und zu erklären, Beginn ist in Chorin am gelben Wanderweg zum Lieper Amtsweg. Rundweg ca. 3,5 Std. 5 km. Wandergeschwindigkeit 2 km/h; Wanderleiter: Hans-Jürgen Müller
 Treff: 12.30 Uhr Parkplatz: Alte Klosterschenke, Am Amt 9 /B 2, in 16230 Chorin
 Organisationsgebühr: Erwachsene 2 Euro, Kinder 1 Euro, NaturFreunde 0,50 Euro

Die NaturFreunde Deutschlands
Regionalgruppe Oberbarnim-Oderland e.V.

Gedenken an Pogromnacht

Eberswalde (bbp). Am 9. November 1938 brannten in Deutschland Synagogen, wurden die Läden jüdischer Geschäftsinhaber demoliert, jüdische Menschen mißhandelt und ermordet. Auch die Eberswalder Synagoge brannte. In den Eberswalder Geschäftsstraßen wütete der Nazi-Mob. Mehrere Eberswalder und Finower Juden wurden damals ermordet.

Zur Erinnerung an die Verbrechen und zum Gedenken an die Opfer vor 70 Jahren wird es am 9. November Veranstaltungen in der Maria-Magdalenen-Kirche und in der Bethelkappelle geben. Um 17 Uhr sind alle Eberswalderinnen und Eberswalder an die Gedenktafel in der Goethestraße eingeladen. Anschließend wird das *Eberswalder Gedenkbuch* für die jüdischen Opfer des Faschismus von Ellen Behring der Öffentlichkeit vorgestellt.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe

Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)

ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
 Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)

Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer	Bank	Bankleitzahl
Name, Vorname	Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in	

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____
 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten): _____

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: **Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde**
 (Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Markmann (3), H.-J. Müller, Richter, Steiner

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

redaktionsschluß: 1. November 2008

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement: 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 29.11.2008, 12 Uhr.